

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

4. Sitzung
3. März 2022

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.32 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich rufe auf

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0016](#)
Aktualisierte Prognose zum Lehrkräftebedarf bis 2030 unter Berücksichtigung von Schüler*innenaufwuchs, Entwicklung des Lehrkräftebestandes sowie des Lehrkräftemehrbedarfes durch geplante Qualitätsverbesserungen BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- Hierzu: Anhörung
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0028](#)
Lehrkräftesituation 2022/23 – wann und wie startet Berlin mit einer Ausbildungsinitiative für die pädagogischen Berufe? BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- c) Antrag der Fraktion der CDU [0005](#)
Drucksache 19/0060 BildJugFam(f)
Vorfahrt für Bildung – Berlin braucht endlich eine Lehrkräfteoffensive Haupt
WissForsch

Zu Punkt 2 c liegt keine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vor. Da die Sechs-Monats-Frist noch nicht abgelaufen ist, dürfen wir diesen Antrag heute zwar beraten, aber nicht abstimmen, sodass dieser Punkt nach der Beratung vertagt werden muss.

Ich freue mich sehr, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls Frau Staatssekretärin Naghipour für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung begrüßen dürfen sowie Frau Dr. Angela Walter und Frau Dr. Kerstin Rothe aus der Verwaltungsebene der SenWGP, die digital zugeschaltet sind. Wir haben zu Punkt 2 a eine Anhörung einvernehmlich vereinbart. Ich gehe davon aus, dass gemäß § 26 Absatz 7 Seite 4 GO Abghs. ein Wortprotokoll gewünscht ist.

Als Anzuhörende vor Ort begrüße ich recht herzlich Herrn Mark Rackles, Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe der WZB-Präsidentin, Bildungsberater der Mark Rackles Consulting und natürlich als Staatssekretär für Bildung a. D. Ich begrüße und beglückwünsche Herrn Prof. Dr. Günter M. Ziegler, Präsident der Freien Universität Berlin. Wir haben vereinbart, weil Sie eine zeitliche Limitierung bis 16.00 Uhr haben, dass wir mit Ihnen in der Anhörung beginnen werden. Ich begrüße außerdem die digital Zugeschalteten, Herrn Prof. Dr. Klaus Klemm, Mitglied des Expertenkreises „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission, Herrn Prof. Dr. Dirk Krüger, Vorstandsmitglied im Landesverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts e. V., Direktor der Dahlem School of Education und Professor für

Didaktik der Biologie an der Freien Universität Berlin sowie Frau Martina Regulin, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Landesverbands Berlin.

Ich würde es begrüßen, wenn eine Person aus der Koalition den Besprechungsbedarf zu Punkt 2 a begründet. – Herr Krüger!

Louis Krüger (GRÜNE): Ich glaube, er ist eigentlich selbsterklärend. Ich will trotzdem noch mal kurz ein paar Dinge sagen. Wir alle wissen, dass wir in den Schulen einen eklatanten Lehrkräftemangel haben. Das heißt, wir haben in den letzten Jahren einfach nicht genügend Lehrkräfte ausgebildet. Das wollen wir ändern. Dafür müssen wir aber wissen, wie viele Lehrkräfte wir eigentlich brauchen. Dabei wollen wir folgende Aspekte mitberücksichtigen: Einerseits den Aufwuchs der Schülerinnen und Schüler, der natürlich dafür entscheidend ist, aber auch die Entwicklung des Lehrkräftebestands, das heißt, wie viele auch wieder aus dem Lehrdienst rausgehen, sowie den Lehrkräftemehrbedarf durch eine geplante Qualitätsverbesserung, die wir als Koalition anstreben.

Ich freue mich, dass wir den Wissenschaftsausschuss dazu geladen haben, denn das ist ja ein gemeinsames Thema. Ich will aber auch gewisse Abgrenzungen vornehmen, insofern, als dass wir als Bildungsausschuss ja dafür da sind, die Bedarfe zu formulieren, während die Umsetzung der Lehrkräftebildung dann letztendlich den Unis zukommt. Das heißt, das würde ich eher im Wissenschaftsausschuss sehen, und wir konzentrieren uns hier auf die Frage des Bedarfs. – Herzlich willkommen auch an die Gäste, die uns mit ihrer Expertise in der Frage sicher weiterhelfen werden!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank, Herr Krüger! – Dann bitte ich um die Begründung des Besprechungsbedarfs zu 2 b sowie des Antrags 2 c. – Sie dürfen!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, dass, der Vorredner hat es gerade gesagt, auch die Mitglieder des Wissenschaftsausschusses heute mit dazu geladen worden sind. Wir hatten das Thema in der letzten Woche im Wissenschaftsausschuss aufgerufen und die Senatorin gefragt, wie die aktuelle Situation und die Perspektiven des Lehramtsstudiums aussehen, und von dort leider außer ein paar Sprechzetteln, die abgelesen worden sind, keine befriedigenden Antworten erhalten. Deswegen finde ich es gut und wichtig, dass wir dieses Thema heute aufgreifen und über eine Entwicklung sprechen, die insbesondere für Berlin ja nicht neu ist. Sie hat sich in den letzten Jahren zusätzlich noch verschärft. Berlin hat einen eklatanten Mangel an Lehrkräften zu beklagen. Zuletzt hatte der Senat sogar Schwierigkeiten, die freien Stellen mit Quereinsteigern zu besetzen. Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen werden die Herausforderungen weiter zunehmen und zusätzliche Ressourcen erfordern.

Meine Fraktion, die CDU, kritisiert seit Jahren, dass Lehrkräfte in Berlin nicht verbeamtet werden. Wir sind das einzige Bundesland und leisten uns damit einen Wettbewerbsnachteil, den wir uns eigentlich nicht leisten können. Dass die Koalition heute nun ausgerechnet einen der größten Kritiker der Verbeamtung als Sachverständigen eingeladen hat, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Aber immerhin: Sie haben bei dem Thema nun eingelenkt, wenn auch viel zu spät, das möchte ich hier an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die Wiederverbeamtung allein das Personalproblem nicht lösen wird. Im vorliegenden Antrag fordern wir den Senat auf, im Rahmen einer breitangelegten Lehrkräfteoffensive ein Paket an Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir müssen die Attraktivität des Lehrerberufs insgesamt steigern und benötigen vor allem bessere Arbeitsbedingungen an unseren Schulen. Das war ja auch gerade einleitend das Thema.

Gerade mit Blick auf die aktuellen Absolventenzahlen im Lehramtsstudium müssen wir aber auch ein stärkeres Augenmerk auf die Ausbildung legen. Studienabbrüchen muss gezielt vorgebeugt werden. Dass wir gemeinsam mit den Universitäten gegensteuern müssen und sich der Senat hier nicht aus der Verantwortung nehmen kann, ist hoffentlich allen Beteiligten klar.

Ich bin den Anzuhörenden sehr dankbar, dass sie sich für die heutige Anhörung die Zeit genommen haben. Ich danke Herrn Prof. Ziegler, dass er unserer Einladung gefolgt ist, und darf ihm an dieser Stelle zu seiner Wiederwahl als Präsident der Freien Universität ganz herzlich gratulieren. Ich danke auch allen weiteren Anzuhörenden, dass sie bereit sind und sich die Zeit nehmen, heute hier zu sein. Ich freue mich sehr auf Ihre Ausführungen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Dann frage ich: Möchte der Senat zu 2 a bis 2 c eine Einleitung abgeben! – Dann bitte schön!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Sehr gern, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt mannigfaltige Aufgaben, die wir zu bewältigen haben. Sie haben richtig angesprochen, dass das eine unserer Hauptaufgaben ist. Wir arbeiten in meinem Haus intensiv auf vielen Ebenen an der Einstellung weiterer Lehrkräfte. Das betrifft sowohl die kontinuierliche Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs in Berlin als auch gezielte Maßnahmen zur Personalgewinnung. Zusätzlich gehen wir nun ab sofort in der Frage der sogenannten Drehtürverbeamtung in die Offensive. Zur Erklärung: Damals haben viele sehr gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer – Berlin bildet nämlich sehr gut aus – uns verlassen, sind einfach über die Landesgrenze gezogen und dort verbeamtet worden. Berlin war das einzige Bundesland, das nicht verbeamtet hat. Man hat gesagt: Du kannst aber nicht nach sechs Wochen als Beamtin wiederkommen – und hat eine Fünf-Jahres-Frist eingebaut, damit man erst dann zurück kann. Das haben wir sofort aufgehoben; dafür habe ich gesorgt. Damit gibt es schon zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die gern wieder zurückkommen wollen. Viele wohnen ja hier in der Stadt und sind nur mit dem BVG-Ticket C dorthin gefahren, wo man verbeamtet wurde. Das ist unsere allererste Maßnahme, die auch schon einen gewissen Erfolg zeichnen wird.

In Berlin ist das Ziel der Steuerung eine Ausstattung und damit Deckung des Unterrichtsbedarfs mit einer ausgeglichenen Bilanz von 100 Prozent. Für die klassische Berechnung der Bilanz wird dem Bruttounterrichtsbedarf der Nettobestand gegenübergestellt. Der Bruttounterrichtsbedarf beinhaltet alle Komponenten des Unterrichts, wie Stundentafel, strukturelle Unterstützung, Profilbedarf und rund 4 500 VZE, das sind Vollzeiteinheiten – das ist etwas Komisches, das ist eine Lehrkraft mit voller Stundenzahl – für Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden der Lehrkräfte. Der Nettobestand berücksichtigt bereits Teilzeit und Beurlaubungen. Das sind auch rund 1 000 Vollzeiteinheiten. Das sind nicht verfügbare Lehrkräfte, weil sie entweder langzeitkrank sind oder erfreulicherweise im Mutterschutz, im Innendienst sind oder ein Beschäftigungsverbot haben.

In einem System wie unserem, dessen Ziel immer eine hundertprozentige Versorgung ist, existieren also letztlich zwei Steuerungsoptionen. Eine Regulierung kann A über eine Absenkung des Bedarfs an Lehrkräften oder B über eine Erhöhung des Bestandes der Lehrkräfte erfolgen. Faktisch muss der wachsende Bedarf an Lehrkräften durch Aufwüchse gleichermaßen durch Einstellungen kompensiert werden. Hieraus ergibt sich die Anzahl der unbefristeten Neueinstellungen, die in den kommenden Schuljahren notwendig sein werden, um auch weiterhin den Bedarf an Lehrkräften durch einen gleich hohen Bestand an Lehrkräften voll abzudecken, mit dem Ziel, eine durchgehende Unterrichtsversorgung der Berliner Schulen zu sichern.

Notwendige Einstellungen ergeben sich aus notwendigen Kompensationen. Erstens: aus den nicht im Umfang erfolgten Einstellungen des letzten Schuljahres, zweitens: den nur befristeten Einstellungen, drittens: den Pensionierungen oder anderen Abgängen von Lehrkräften – ein Abgang spricht jetzt gerade, eine VZE – , leider auch vielen Kündigungen und viertens: wachsenden Schülerzahlen. Dazu kommen sich verändernde Anrechnungen und Ermäßigungen von Lehrkräften und sich verändernde Regelungen der Zumessung der Unterrichtsorganisation. Das Gesamtergebnis der Lehrkräftebedarfsfeststellung 2021 – sie erfolgt für alle öf-

fentlichen Schulen immer am 1. November – ist für diesen Prozess eine zentrale Datengrundlage. Hier wies die Unterrichtsversorgung – also Bedarf zu Bestand – zunächst ein Minus von 613 VZE aus, was einer Ausstattung von 97,6 Prozent entspricht. Die reine Unterrichtsversorgung nach der Stundentafel lag zum Stichtag im November aber bei 138,3 Prozent. Alle Schulen konnten damit die Stundentafel, die den eigentlichen Kern schulischer Versorgung darstellt, noch vollständig abdecken. Ich möchte bemerken, dass Berlin mit allen zusätzlichen Förderstunden, auch den vielen Sprachbildungsstunden, die an einer Schule mit gut 600 Schülern allein 5 Vollzeitlehrerinnen bzw. -lehrer sein können, noch ganz vorn liegt. Berlin gibt also – da staunen andere – sehr viele Unterstützungsstunden ins System. Dadurch konnten die Schulen Gott sei Dank ihr Kerngeschäft abdecken.

Zum heutigen Stand: Anfang März hat sich durch eine weitere Nachsteuerung der Februareinstellung die Unterrichtsversorgung auf 98,9 Prozent verbessert, was nur noch einem Minus von 293 VZE entspricht. Es sind also zurzeit knapp 300 Stellen nicht besetzt. Für eine modellhafte Darstellung der kommenden Einstellungsbedarfe ist zuerst die nicht ausgeglichene Bilanz im Vorjahr jeweils in das kommende Schuljahr zu übertragen, sodass sich in den Zeiten von Personalmangel das Einstellungsvolumen des Folgejahres automatisch erhöht. Gerade um diese Einstellungslücken der letzten Jahre weiter auszugleichen, wollen wir zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Bestandes in den nächsten Jahren noch einmal verstärken und ergänzen. Perspektivisch wird bis zum Jahr 2030 aufgrund der steigenden Schülerzahlen und der laufenden Pensionierungswelle eher noch mit einer signifikanten Zunahme des mittelfristigen Einstellungsbedarfs von durchschnittlich 2 000 Vollzeiteinheiten pro Jahr zu rechnen sein, zumal wir langfristig auch die knapp 1 000 befristeten Stellen von Quer- und Seiteneinsteigern in unbefristete Stellen umwandeln möchten.

Damit wir die Zahl der ausgebildeten Lehrkräfte, die ins System kommen, deutlich erhöhen können, werden schon jetzt von meinem Haus alle Möglichkeiten zur Personalgewinnung sowie zur Aus- und Fortbildung wahrgenommen und kontinuierlich erweitert. Zu den bereits bestehenden Maßnahmen gehören unter anderem: Erstens: Gewährung der Erfahrungsstufe 5 bei Einstellung – Berlin bezahlt die Lehrerinnen und Lehrer, auch die angestellten, nämlich sehr gut. Zweitens: Die Anhebung von Grundschulkräften in Gehaltsstufe A 13, E 13. Das war auch eine hervorragende Maßnahme und hat die Stellung dieser wichtigen Kolleginnen und Kollegen sehr gestärkt und eine Abwanderung verhindert. Drittens: Die Durchführung des „Berlin-Tages“ jetzt wieder im Mai. Das ist die größte Bildungsinformationsmesse in Deutschland. Wir planen sie dieses Jahr Gott sei Dank wieder in Präsenz. Ich freue mich schon darauf, die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen am Berlin-Tag begrüßen zu dürfen. Viertens: Die Dienstzeitverlängerung von Lehrkräften mit 120-prozentiger Besoldung Ü 65. Da kann man also noch mal ganz schön was für die Enkelkinder zusammensparen. Es gibt die Kolleginnen und Kollegen, die gern über die normale Pensionsgrenze hinaus arbeiten wollen. Fünftens: Die Gewährung einer Brennpunktzulage. Sechstens: Der Einsatz von multiprofessionellen Teams zur Entlastung, zum Beispiel durch Schulsozialarbeiter und – immer mehr an unseren Schulen – durch Erzieherinnen und Erzieher. Das ist in unserem Bundesland einmalig. Das finden Sie woanders auch nicht. Siebtens: Die Reduzierung von Lehrkräfteabordnungen. Kein Bereich darf hier tabu sein. Achtens: Quer- und Seiteneinstieg mit temporärer Ausweitung der Mangelfächer – das sind jetzt praktisch alle Fächer, man freut sich schon über jemanden, der Geschichte studiert hat. Neuntens: Umfassende Qualifizierungsmaßnahmen wie QuerBer. Das ist hervorragend, denn gerade unsere Quereinsteiger sind gestandene

Menschen aus anderen Berufen, aber ich sage Ihnen, es ist schon eine Herausforderung. Man kann nicht einfach sagen: Frau Meier, da ist die Klasse 6 b, da gehen Sie jetzt mal rein. – Das macht Frau Meier dann nicht so oft, aber sie wird in den ersten Wochen ja durch erfahrene, manchmal auch pensionierte Fachseminarleiterinnen bzw. -leiter oder Lehrerinnen bzw. Lehrer unterstützt.

In Berlin wurde in den letzten fünf Jahren besonders im Grundschullehramt und seit 2018 auch im Bereich ISS / Gymnasien begonnen, die Lehrkräfteausbildung hochzufahren. Erste Effekte sehen wir auch im Grundschullehramt, in den anderen Bereichen aber wohl erst in den nächsten beiden Jahren. Mir ist ganz wichtig, dass von meiner Verwaltung im Rahmen einer Offensive zur Gewinnung von Lehrkräften in diesem Zusammenhang eine Reihe von Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt wurde. Wir haben die Fächer für berufs begleitende Studien erweitert, um Lehrkräften passgenaue Fortbildungen zu ermöglichen. Wir haben die Studienkapazitäten an den Berliner Universitäten ausgeweitet, allerdings das Ziel von 2 000 Absolventinnen und Absolventen im Jahr 2022 nicht erreicht. Wir haben den Quereinstiegs-masterstudiengang an den Universitäten aufgelegt und dafür ein Stipendium geschaffen. Zur Erläuterung: Das sind Menschen, die schon in der Schule arbeiten und neben der Arbeit in der Schule noch ein Masterstudium absolvieren. Ich finde das bewundernswert und frage mich immer, wie man das physisch und psychisch schafft. Aber es gibt diese Menschen.

Wir legen ein Stipendienprogramm für die MINT-Fächer an den Universitäten auf, weil – das ist ja leider bekannt – gerade in den MINT-Fächern ein besonders großer Mangel herrscht. Wir erleichtern die Antragstellung für die Anerkennung von ausländischen Lehrkräften durch elektronische Antragsmöglichkeiten. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, als ich früher noch an der Schule gearbeitet habe, dass wir hervorragende Kräfte, die im Ausland studiert haben, die sehr gut Deutsch gesprochen haben, für die Schulen gewinnen konnten. Da ist, denke ich, noch viel mehr Potenzial. Wir führen Sprachfortbildungen für ausländische Lehrkräfte durch und bieten ihnen dadurch die Möglichkeit, die Sprachzertifikate, die sie ja brauchen, zu erwerben. Wir fördern Netzwerke für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund.

Im Moment befinden wir uns gerade in den intensiven Vorbereitungen für die Einstellung zum Schuljahr 2022/23. Wir hoffen, durch die wieder mögliche Drehtürverbeamtung, weitere Programme für Bachelorstudentinnen und -studenten sowie die Unterstützung von Bewerberinnen und Bewerbern bei der Wohnungssuche durch Kooperationsverträge mit landeseigenen Wohnungsunternehmen zusätzlich größere Anreize zu setzen, um qualifizierte Lehrkräfte für Berlin zurückzugewinnen. Grundsätzlich benötigt Berlin für seine Lehrkräfteversorgung verlässliche und am Bedarf orientierte Ausbildungskapazitäten, die wir einerseits über eine politische Diskussion mit den anderen Bundesländern im Rahmen der KMK und andererseits über verbindliche und vor allem gesetzlich festgeschriebene Ausbildungsquoten erreichen können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Senatorin! – Ich komme nun zur Anhörung der Anzuhörenden und bitte Herrn Prof. Dr. Ziegler zu beginnen!

Dr. Günter M. Ziegler (Präsident der Freien Universität Berlin): Herzlichen Dank, Frau Ausschussvorsitzende! – Herzlichen Dank an Sie alle für die Einladung zu dieser Veranstaltung! Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für die Möglichkeit, mich zu diesen wichtigen Themen äußern zu dürfen.

Ich tue das aus der Perspektive der Universitäten, speziell natürlich der Freien Universität. Ich möchte trotzdem erst mal mit einer persönlichen Vorbemerkung anfangen, die vielleicht auch etwas über Prognosen zum Lehrkräftebedarf sagt, was hier ja im Titel steht. Als meine Mutter 1954 Lehrerin werden wollte, hat man ihr gesagt: Lehrerinnen braucht man nicht. – Das war nicht in Berlin, sondern in München. Ich sage aber mal, das Problem mit Prognosen ist eines, was nicht so ganz neu ist und was nicht nur Berlin betrifft.

Ich bin Mathematiker. Als ich 2011 an die Freie Universität gekommen bin, war meine erste Vorlesung „Lineare Algebra I lehramtsbezogen“. Ich habe dort also als erstes eine Vorlesung für die Lehramtsstudierenden gehalten. Das war eine großartige Erfahrung, auch weil das ganz andere Studierende waren, als ich sie aus Mathematikvorlesungen an der TU gewohnt war. Mein Interesse an dem Thema war damals da und ist geblieben. Ich weiß, dass das ein wichtiges Thema ist.

Eine zweite Vorbemerkung, jetzt aus der Perspektive der Freien Universität: Ich kann und will sagen, dass die Lehrkräftebildung für uns ein großes und wesentliches Thema ist, sozusagen ein Profilelement der Universität. Es ist etwas, worauf wir stolz sind und wo wir mit Engagement und Auftrag unterwegs sind.

Im Titel dieses Tagesordnungspunkts steht „Lehrkräftebedarf bis 2030“. Wir wollen Lehrkräftebildung aber nicht nur als eine Sache sehen, bei der es jetzt akute Bedarfe und Defizite gibt, sondern als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die wir hervorragend bewältigen wollen. Das heißt auch, dass man an der Stelle aufpassen muss, dass man anlässlich der akuten Bedarfe, die im Moment da sind, das nicht einschränken kann, sondern dass wir wirklich auch in der langfristigen Perspektive Hervorragendes leisten müssen.

Lehrkräftebildung ist für die Universität ein ganz wichtiger Teil, vielleicht der wichtigste, von dem, was wir als Transfer in die Gesellschaft machen können. In diesem Sinne ist die Lehrkräftebildung etwas sehr Wesentliches, etwas, das das Profil der Universität bestimmt – auch langfristig und nicht nur für die nächsten vier Jahre. Daher kommt auch unser Engagement. Das habe ich auch bei meiner Wahlrede vor zwei Wochen betont und betonen müssen und auch mit voller Rückendeckung des Kollegen gemacht, der mich als Vizepräsident Lehrkräftebildung jetzt ab dem Sommer vertreten soll.

Ich komme jetzt zu der Perspektive und unserer Aufgabe aus den Berliner Hochschulen: die Entwicklung der Lehrkräftebildung, auch unter dem akut diagnostizierten Lehrkräftemehrbedarf. Die Berliner Hochschulen haben in den letzten Jahren immens viel unternommen, um ihrer Verantwortung, die ich gerade skizziert habe, im Bereich der Lehrkräftebildung gerecht zu werden. Mit dem Abschluss der Sondervereinbarung zur Grundschul- und Sonderpädagogik und nachfolgendem Hochschulvertrag 2018 bis 2022 wurde gemeinsam mit der Senatskanzlei Wissenschaft und Forschung und jetzt der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung der Grundstein gelegt, um das anvisierte Ziel von 2 000 Absolventinnen und Absolventen pro Jahr umsetzen zu können. Für den Ausbau der Lehrkräftebildung wurden finanzielle Mittel bereitgestellt, um gemäß der Bedarfsanforderung des Landes Berlin Studienplätze in den entsprechenden Studiengängen bereitzustellen. Der sukzessive Ausbau der Studienplätze erfolgte über mehrere Jahre. Da muss man natürlich auch immer anerkennen, dass es nicht geht, zu sagen: Wir stecken da jetzt Geld rein und möchten dafür nächstes Jahr dann fertige Absolventen haben. – Das läuft über mehrere Jahre,

wurde an der Freien Universität Berlin im Bachelor zum Wintersemester 2019/20 und im Master zum kommenden Wintersemester 2022/23 finalisiert.

In den letzten fünf Jahren ist der Anteil der Lehramtsstudierenden an der Freien Universität um über 50 Prozent entsprechend gewachsen. Das verändert also auch die Universität. Diese Entwicklung spiegelt sich auch schon in den Studienabschlüssen wider, die trotz der coronabedingten Einschränkungen entgegen dem Trend eine sukzessive Steigerung aufweisen. Mit dem weiter vonstattgehenden Ausbau der Studienplätze und den wachsenden Studierendekohorten rechnen wir in den kommenden Jahren mit deutlich mehr ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern. Planerisch können jedoch nicht im gleichen Maße regelstudienzeitkonforme Abschlüsse im anvisierten Umfang erwartet werden. Lehramtsstudierende weisen zwar kürzere Studienzeiten und auch eine deutlich geringere Abbruchneigung als andere Studierende in nichtlehramtsbezogenen Kombinationsbachelorstudiengängen auf, aber wir haben auch hier Verzögerungen im Studienverlauf in der Coronapandemie, insbesondere in den Bachelorstudiengängen mit dem Abschlussziel ISS und Gymnasium.

Für die Universitäten ist der Ausbau der Studienplatzkapazitäten grundsätzlich steuerbar, sofern der entsprechende Aufwuchs an wissenschaftlichem Personal in den Personalkategorien ausgewogen ist und die Infrastruktur entsprechend angepasst wird. Ausbaubedarf besteht bei uns zum Beispiel bei der räumlichen Ausstattung, wo wir einen Modulbau im ersten Schritt zum kommenden Wintersemester fertigstellen können, der die Raumnot in der Lehrkräfteausbildung ein Stück weit mildern, aber auch nicht ganz abdecken können wird. Das Bauen an den Universitäten ist ja auch ein Thema.

Ich habe von den Studienplatzkapazitäten gesprochen, weil der universitäre Einfluss auf die ungleichgewichtige Nachfrage nach bestimmten Unterrichtsfächern begrenzt ist. Für einige Lehramtsfächer – Physik, Chemie, Französisch, wie auch in den Altphilologien – werden die zur Verfügung stehenden Studienplätze nachfragebedingt nicht voll ausgeschöpft. Andere, wie Englisch, Biologie, Sonderpädagogik, weisen eine durchaus hohe Bewerbungsquote mit entsprechend hoher Eingangsselektivität auf. Wir sind da mit Projekten und Maßnahmen unterwegs. Ich könnte jede Menge Beispiele geben, auch zu Initiativen insbesondere im MINT-Bereich, den auch die Senatorin gerade schon angesprochen hat, weil aber nachher Herr Krüger angehört wird, fasse ich mich an der Stelle kurz.

Ich möchte aber noch zu zwei weiteren Punkten Bemerkungen machen, weil die auch für die Gesamtsituation wichtig sind. Das eine sind die Quereinsteiger, also der Master of Education mit dem Profil Quereinstieg. Die Berliner Universitäten ermöglichen bereits seit einigen Jahren lehramtsinteressierten Absolventinnen und Absolventen einen Quereinstieg in den Master of Education. Zum Wintersemester 2021/22 hat die FU zum Beispiel die mittlerweile sechste Kohorte des Quereinstiegsmasters gestartet. Darüber hinaus wird die FU ein weiteres gesondertes Masterprogramm für den Umstieg in das Grundschullehramt etablieren. Das Angebot richtet sich an Bachelorabsolventinnen und -absolventen mit den Fächern Deutsch, Geschichte oder Politik für die integrierte Sekundarstufe oder Gymnasium und soll den immensen Bedarf für das Grundschullehramt mitabdecken. Die erforderlichen universitären Beschlüsse wurden bereits im Wintersemester 2019/20 gefasst, die Zustimmung der Senatskanzlei erfolgte im Dezember 2021, sodass der Start des Programms zum kommenden Wintersemester erfolgen kann. Aber auch da ist es natürlich so, dass die Absolventinnen und Absolventen, die da herauskommen, erst eine Weile danach kommen können.

Ein anderer Aspekt, der wesentlich ist, wo wir uns Sorgen machen und uns engagieren, ist das Praxissemester. Eine weitere, zunehmend große Herausforderung sind die kapazitären Engpässe in der Betreuung der Studierenden, sowohl bei den Dozierenden als auch in den Schulen. Wiederum in enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung haben die Universitäten ein Konzept für ein sogenanntes Tandemmodell im Praxissemester entwickelt, das ich weiter erklären könnte, das größere Kapazitäten ermöglicht, wo ansonsten Einschränkungen nötig gewesen wären, die in der Gesamtsituation nicht gut wären. Die Neustrukturierung ist erforderlich geworden, weil sich abgezeichnet hat, dass es schon zum jetzigen Zeitpunkt zu Engpässen bei den Praktikumsplätzen in den Schulen kommen würde. Eine Begrenzung der schulpraktischen Phase auf ein Unterrichtsfach hätte aus Sicht der Universitäten einen Qualitätseinbruch in der Lehrkräftebildung bedeutet und ist deswegen etwas, was wir nicht akzeptieren würden.

Fazit: In den kommenden Jahren liegt die Herausforderung der Lehrkräftebildung in Berlin darin, für die langfristig hoch bleibende Zahl an Studierenden die bestehende Qualität der Lehramtsstudiengänge auch für die gewachsenen Kohorten zu gewährleisten und möglichst viele Personen, die ein Studium aufnehmen, zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Gleichzeitig ist zu verhindern, dass der zu bewältigende Aufwuchs an Lehramtsstudierenden durch fehlende Lehrkapazitäten weiterhin zu strukturellen Verschiebungen in den fachwissenschaftlichen Disziplinen führt, wie es sich in den letzten zwei Jahren schon angedeutet hat. Vor diesem Hintergrund haben die Berliner Universitäten 2019 in Verhandlungen mit dem Land Berlin die Ausgestaltung eines Sonderprogramms für die Lehrkräftebildung verhandelt. Dabei sind für den Einsatz der Professuren gleichermaßen die Bedarfe zur Verhinderung struktureller Verschiebungen in den Fachwissenschaften wie der Bedarf zur Stärkung der Lehrkräftebildung selbst berücksichtigt worden.

Die Aushandlungen mit dem Land konnten für einen Großteil der personellen Entwicklungen im Herbst und Winter 2021 abgeschlossen werden. Wir sind also auch da auf einem guten Weg. – So weit meine Skizze. Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Ziegler! – Herr Rackles, bitte!

Mark Rackles (Forschungsgruppe der WZB-Präsidentin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Eigenartig, hier zu sitzen, ich habe ja auch eine Geschichte, die Sie ja kennen. Nicht nur mit Verbeamtungsfragen, sondern auch mit der Lehrkräftebildung hat mich die Arbeit acht, neun Jahre lang intensiv verbunden. Ich habe Ihnen ein Handout ausgelegt, damit ich nicht auf die Daten eingehen muss. Sie finden da eine Beschreibung, wie das Defizit konzeptionell entsteht. Es ist nämlich relativ komplex. Auf der zweiten Seite haben Sie die Vorgeschichte, warum wir aus Sicht der Bildung in den letzten 30 Jahren Steuerungspotenziale verloren haben.

Erstens: durch den Wechsel von der Pädagogischen Hochschule. Ich will das nicht kritisieren. Ich will nur sagen, dass dadurch für die Bildungsverwaltung die direkte Steuerung mit entsprechenden Konsequenzen für eine zusätzliche Steuerung abgenommen hat. Das war der Wechsel von der PH. Das haben nicht alle mitgemacht. Zum Beispiel hat Baden-Württemberg immer noch die Mehrheit seiner Abschlüsse in der PH und ist angeblich ein Erfolgsmodell.

Zweitens haben wir den Wechsel vom Staatsexamen zum gestuften Bachelor / Master. Das macht, wie Sie wissen, auch nicht jedes Land. Bayern und Sachsen halten am Staatsexamen fest. Das ist deutlich schneller und deutlich weniger in Workload. Und man wundert sich, warum Bayern teilweise vor Berlin liegt. Da kann man einfach mal reingucken, wie die ausgebildet werden. Das ist ein völlig anderes System. Alle anderen Länder haben sich zum Bachelor / Master bekannt. Das ist meines Erachtens auch sinnvoll, aber wenn man vergleicht, sollte man nicht Birnen mit Äpfeln vergleichen.

Das Dritte ist aus Sicht der Bildungsverwaltung, dass Berlin als eines der ersten Länder vor 20 Jahren auf Hochschulverträge umgestellt hat. Auch dadurch ist die Steuerung weg von der Bildungsverwaltung in die Wissenschaftsverwaltung gegangen und in eine Mehrjährigkeit überführt worden, die erfordert, dass man mit einer Perspektive von drei, vier Jahren schon vorher sagen muss, was man festlegt, obwohl die Märkte, wie wir merken – Ukraine-Flüchtlinge, 2015/16 Syrien –, oder politische Beschlüsse, die eine pädagogische Verbesserung vorsehen, nicht in einer Fünf-Jahres-Perspektive denkbar sind, sondern da müssen Sie teilweise jährlich anpassen und nachsteuern. Das ist in diesen Rahmenbedingungen deutlich schwerer geworden. Das sind aber nur Rahmenbedingungen, auf die ich kurz eingehen wollte.

Auf der dritten Seite finden Sie die Zahlen mit dem Stichwort „100 Millionen Euro verpufft“. Das ist ein bisschen rhetorisch, weil die mit Sicherheit nicht verpufft sind. Die sind in den Universitäten auch gut angelegt, aber wir haben in den letzten fünf Jahren, das habe ich damals noch mit Herrn Krach machen dürfen, 85 Mio. Euro zusätzlich in die Universitäten gegeben, 15 Mio. Euro sind vor zwei Jahren dazugekommen – das waren Krach und Stoffers – also fast 100 Mio. Euro. Und wir stellen fest, dass die Zahlen teilweise nicht stabil bleiben, sondern abnehmen. Da gibt es natürlich ganz schlaue Erklärungen. Eine der Erklärungen ist im Moment Corona. Ich sehe auch ein, dass das teilweise zu Dellen führen kann, aber wir

haben langfristige Entwicklungen, die nicht ohne weiteres über Corona erklärbar sind. Sie finden die entsprechenden Zahlen.

Im Grundschulbereich tut sich im Bereich der Plätze ein bisschen was Grünes, aber das einzig Entscheidende für die Schulen und die Schulverwaltungen sind die Abgänge. Es interessiert eigentlich ausschließlich: Wer kommt in der ersten Phase von den Universitäten. Das sind zunächst die Master of Education, auch die sind schön, aber das reicht noch nicht. Die müssen ins zweite Staatsexamen gehen, und das sind die Abgänge des Vorbereitungsdienstes. Das ist das, was Sie in Orange für alle drei großen Lehrämter finden, Abschlüsse VD, das ist der Vorbereitungsdienst zweites Staatsexamen. Und Sie merken, dass die gegenüber 2017 im Grundschullehramt und im ISS-Lehramt abgenommen haben. Das berufliche Lehramt ist ein notleitendes Teil, auf das ich am Ende noch mal ganz kurz eingehe.

Die Zahlen von 2021 waren gestern im „Tagesspiegel“. Beim Grundschullehramt ist erkennbar, dass das noch mal höher geht. Da ist der Weg in die Masterabschlüsse mit 255 – Stand gestern – positiv. Bei den Abschlüssen Vorbereitungsdienst hat sich meines Erachtens nicht viel geändert. Und bei den Masterabschlüssen ISS / Gymnasiales Lehramt liegen wir bei 600. Das ist immer noch weniger als 2018/19, aber mehr als 2020. Bei dem beruflichen Lehramt sind wir mit 44 Abschlüssen für alle beruflichen Bereiche in ganz Berlin weiter abgesackt. Wir haben 5 000 Lehrkräfte an den beruflichen Schulen in Berlin und 44 Abgänge pro Jahr in diesem Bereich. Da kann etwas nicht stimmen.

Bei der rechten Tabelle, das ist eine KMK-Tabelle, da ist es nur ein Indikator dafür, dass Berlin über die Jahre hinweg – – . Das ist aber nicht nur Berlin. Es wird ja gern auf unser Land geschimpft, aber das ist Sachsen, Thüringen, und neuerdings auch in Baden-Württemberg, wenn auch nicht in diesem Maße. Wir stellen 231 Prozent dessen ein, was wir selber ausbilden. Das heißt, wir liegen 132 Prozentpunkte über unserer eigenen Ausbildung. Wenn wir also Eigenbedarf ausbilden wollen, müssten wir erheblich zulegen. Das ist, wie man zahlenmäßig sehen kann, kein temporäres, sondern ein strukturelles Problem. Wir haben vor Jahren darauf auch reagiert, indem, wie gesagt, 100 Mio. Euro investiert wurden, die aber strukturell noch nicht umgesetzt sind.

Die vierte Folie ist nur ganz kurz. Die soll darauf hinweisen, dass wir nicht nur ein Berliner Problem, worauf einzelne Parteien gern hinweisen, sondern ein bundesweites Problem haben. Das fängt damit an, dass wir auch bundesweit steuern müssen, denn die Vorstellung, dass wir hier vor regionalen Märkten stehen, Bayern bildet für Bayern aus, Berlin bildet für Berlin aus – – Da weiß jeder, das Leben ist anders. Wir bilden auch für Brandenburg aus und haben jahrelang davon profitiert, dass Bayern über den Durst ausgebildet hat. Das haben die vor sechs Jahren ohne Rücksprache mit den Ländern geändert. Da war ich noch im Amt. Wir haben uns dann relativ schnell wundern müssen, dass der Puffer, von dem wir einstellen konnten, nicht mehr zur Verfügung stand und fingen an, Österreicher einzustellen. So viel zum Auslandsschulwesen. Das ist meines Erachtens zum größten Teil abgegrast. Auch die Rückgewinnung – auch der Begriff „Rückgewinnung“ – von ehemaligen Berlinerinnen und Berlinern muss bzw. kann man machen, und die Verbeamtung – – Das 16. Bundesland kann jetzt auch noch gern verbeamten. Mein Credo war immer: Das löst unser Strukturproblem in keiner Weise. Es erhöht die Probleme noch zusätzlich – daran hatte ich damals als Staatssekretär kein großes Interesse –, löst aber nicht das Strukturproblem der Lehrkräfteausbildung. Sie müssen dafür tatsächlich an die Strukturen gehen. Dazu müssen Sie Zielzahlen haben und die

bundesweiten Unis in den Kapazitäten aufeinander abstimmen. NRW, Baden-Württemberg und Niedersachsen bilden in Deutschland den allergrößten Teil aller Lehrkräfte aus. Wenn die was ändern, hat das eine Konsequenz für den Gesamtmarkt. Dann können wir nicht so tun, dass wir in Berlin entscheiden, wie sich der Gesamtmarkt entwickelt. Das muss über KMK gehen. Die Senatorin hat am Ende das Richtige gesagt, dass man dort entsprechende Gespräche führt. Entsprechende Festlegungen sind auch im Koalitionsvertrag ausgewiesen, habe ich mit Freude festgestellt.

Damit komme ich zu den fünf Lösungsansätzen, über die ich noch zum Schluss reden möchte. Ich bin selbst lang genug Politiker gewesen, um zu wissen, dass es sinnvoll ist zu skizzieren, wo Sie als Abgeordnete gemeinsam mit der Verwaltung die Möglichkeit haben, dieses Strukturproblem, das bundesweit und dauerhaft besteht, in irgendeiner Form anzugehen. Die zwei übergreifenden Fragen, Bedarf- und Kapazitätsplanung, länderübergreifend abstimmen. Ich habe eben das Stichwort genannt. Man muss von der Fiktion regionaler Lehrkräftemärkte wegkommen und einen Staatsvertrag verhandeln, der bundesweit regelt, wie man die Prognostik aufeinander abstimmt und wie man die Kapazitätsplanung macht. Dann ist es auch nicht schlimm, wenn Berlin ausbildet und wir 20 Prozent in andere Länder gehen lassen. Ich komme aus Heidelberg, das ist eine Unistadt. Da ist es üblich, dass nicht 100 Prozent der Heidelberger Abgänger in Heidelberg bleiben, sondern es wird oft überregional ausgebildet. Das muss man aber in diesem Bereich aufeinander abstimmen.

Der zweite große Bereich findet sich auch im Koalitionsvertrag – das fand ich positiv, und das hat die Senatorin auch noch mal betont. Es ist notwendig, den Eigenbedarf verbindlich auszubilden. Seit Jahren bilden wir, wie viele andere Länder auch – ich sage es noch mal: Es ist nicht nur Berlin –, unseren Eigenbedarf nicht aus. Berlin hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass eine gesetzliche Verankerung aufgenommen werden kann. Jetzt ist die Frage, was in ein solches Gesetz rein soll. Ich würde dringend davon abraten, ganz konkrete Zahlen reinzuschreiben, sondern raten, methodisch festzustellen, dass man Mindestquoten definiert. Die müssen aufgrund der Altersabgänge definiert werden, die erfahrungsgemäß bei 3 Prozent des Personalbestands liegen. Das sind für Berlin ungefähr 900 Lehrkräfte. Die brauchen Sie zwingend, um das abzudecken, was pro Jahr durch Altersabgang rausgeht. Dann kommt der Schülerinnen- bzw. Schüleraufwuchs hinzu. Der ist für Berlin bis 2030/31 auf etwa 8 Prozent prognostiziert. Das sind in den nächsten zehn Jahren ungefähr noch einmal 300 Lehrkräfte, die Sie zusätzlich brauchen. Das wird sich aber im Zeitverlauf immer wieder ändern.

Und Sie müssen, was jedes Land immer gemacht hat, pädagogische Verbesserungen abbilden. Wenn Sie heute eine pädagogische Verbesserung beschließen, haben Sie erst in acht Jahren die Lehrkräfte. Das wissend, ist es extrem sinnvoll, eine pauschalisierte Annahme irgendwie zu machen, sodass man einen Puffer von 1 bis 2 Prozent – aber mindestens 1 Prozent – für pädagogische Verbesserungen vorsieht. Sonst macht Bildungspolitik für Sie keinen Spaß. Sie können zum Ganztage, zum Ausgleich oder zur Fachdidaktik, die zur FU geht, nichts beschließen. Sie können gar nichts beschließen, wenn Sie die Lehrkräfte nicht haben. Die kommen immer noch dazu. Deswegen ist eine Quote von ungefähr 4 bis 4,5 Prozent auf den Gesamtpersonalbestand eine sinnhafte Quote, die aber in der konkreten Ausprägung relativ flexibel politisch beschlossen werden muss. Sie landen bei etwa 1 600 bis 2 000 Lehrkräften pro Jahr auf Dauer. Die müssen Sie noch zusätzlich skalieren. Die würden im Moment noch nicht einmal reichen. Frau Busse hat gesagt, 2 000 VZE pro Jahr. Das sind wegen der Teilzeitquote 2 200 bis 2 300 Personen pro Jahr. Das heißt, Sie haben immer noch einen Puffer von 300 bis

400 Leuten, die Sie zusätzlich reinholen müssen. Ich würde aber dringend davon abraten, die in dem teuren universitären System abzubilden, sondern die müssen Sie über den Quereinstieg eigentlich dauerhaft skalierfähig machen. Das heißt, Sie haben eine Grundausbildung von 1 600 bis 2 000 Personen. Darauf müssen die Universitäten ausgerichtet werden. Im Moment schaffen wir von der Zielzahl 2 000 noch nicht einmal die Hälfte. Das muss hochskaliert werden. Das müssen die Universitäten in den nächsten Jahren schaffen. Ich glaube, wir sind da in Berlin auf dem richtigen Weg. Es geht mir persönlich zu langsam, Ihnen wahrscheinlich auch, aber da ist viel investiert worden, da muss man die Strukturen optimieren. Dann müssen Sie das, was in Berlin das StEPS ist, unabhängig von den Universitäten in der direkten Steuerung der Bildungsverwaltung halten. Dann kann die Weiterbildung fächer- und lehramtsweise betrieben werden und wäre relativ schnell skalierbar. Damit werden die Unwägbarkeiten ausgeglichen.

Drei einzelne spezifische Ansätze, die ich dringend empfehlen würde: Ich würde mir das Lehramt Grundschule noch mal anschauen. Wie gesagt, Bayern hat in der Grundschulausbildung 30 Prozent weniger Workload. Das ist wirklich viel. Da muss man noch überlegen, ob in irgendeiner Form auch eine – – Eine Evaluation der Universitäten, die die Wissenschaftsverwaltung vor zwei Jahren in Auftrag gegeben hat, kam auch zu dem Ergebnis, dass der Workload mit den drei Fächern – – Das haben wir damals auf Anraten von Herrn Baumert gemacht. Wir waren alle davon überzeugt. Hohe Qualität scheint eine hohe Last zu sein. Man sollte tatsächlich noch mal mit einer Evaluation rangehen und überlegen, ob das nicht doch noch etwas lehramtspezifischer und praxisnäher gestalten werden kann, ohne Qualitätseinbußen zu machen. Das wird schwierig, ist aber zwingend notwendig, weil sich in der Praxis die Kombination Mathe, Deutsch und Sonderpädagogik nicht so bewährt hat, wie wir ursprünglich dachten.

Als nächstes der lehramtspezifische Bachelor, die sogenannte Polyvalenz für Feinschmeckerinnen und Feinschmecker unter Ihnen. Das ist vor zehn Jahren in fast alle Master- und Bachelorsysteme hineingezogen worden. Das war damals auch ein großes Credo von Herrn Baumert. Der Gedanke war, dass die Lehrkräfte, wenn sie ausgebildet sind, nicht arbeitslos werden sollen. Die Zeithorizonte, mit denen man heute Lehrerin oder Lehrer wird – – Ich kann heute abschätzen, ob ich in drei Jahren arbeitslos werde oder nicht. Wenn ich heute anfangen, Lehramt zu studieren, weiß ich, in drei Jahren – so wie es im Moment aussieht, wahrscheinlich auch in 30 Jahren – habe ich gute Chancen, übernommen zu werden. Sie kriegen ja praktisch in Berlin schon mit der Geburt eine Einstellungsgarantie. Dieser Druck, den man früher hatte, vom Arbeitsmarkt her zu denken und polyvalent auszubilden – das heißt, ich bleibe mit dem Abschluss des Bachelors offen und entscheide mich erst mit dem Master zum Lehramt –, entspricht nicht mehr unserer Zeit. Man sollte sich mit der Aufnahme des Bachelors entschieden haben, Lehramt zu machen. Wir haben eine vier- bis siebenfache Überzeichnung der Bewerberinnen bzw. Bewerber für Bachelor Grundschule – ich glaube, eine siebenfache an der FU. In dieser siebenfachen Überzeichnung stecken natürlich ganz viele Faktoren, aber es sind viel mehr Menschen, die Grundschullehramt machen wollen, als wir aufnehmen. Da sollen die Leute rein, die wirklich Lehramt machen, und nicht welche, die vielleicht noch in den Monobachelor oder woandershin wechseln wollen. Da ist ein Strukturproblem. Das war das Grundschullehramt.

Das große Not leidende berufliche Lehramt. Da kann man fast schon überlegen, ob es überhaupt noch ein Lehramt ist. In Baden-Württemberg sind nur noch 10 Prozent der Berufsschul-

Lehrerinnen und -lehrer wirklich Berufsschullehrer an Berufsschulen, 90 Prozent sind andere Lehrämter. In Berlin sind es von den 5 000 Lehrkräften noch 40 Prozent. Wir bilden aber nur noch marginal aus, ein paar Dutzend pro Jahr. Das liegt zum Teil an der TU. Man müsste sich mal anschauen, was da eigentlich los ist. Die Didaktik hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen, es wird auch kaum noch promoviert, da findet kaum Forschung statt. Das Zweitfach wird meistens zugewiesen, weil die TU Fächer hat, die keinen NC haben, aber das allgemeinbildende Zweitfach geht an eine andere Uni, und die ist NC-belastet. Als Studierender bekommen Sie das Fach zugewiesen. Befragungen haben ergeben, dass das nicht besonders populär ist, und Leute deswegen ihr Studium vielleicht abbrechen. Da könnte man an den anderen Universitäten Kontingente schaffen, und sagen: Die bekommen die Fächer, die sie haben wollen.

Das Allerwichtigste ist aber ein Modellprojekt mit den Fachhochschulen. Das steht auch im Koalitionsvertrag. Das würde ich für ausgesprochen sinnführend halten, weil Sie so noch einmal neue Zielgruppen erschließen. In NRW wird das schon praktiziert. Das soll auch ausgebaut werden. Vor wenigen Tagen war im Parlament in NRW dazu eine Anhörung. Die wollen sogar eine vollständige lehramtsberufliche Ausbildung mit der vollen Didaktik an den Fachhochschulen ermöglichen. Das muss man jetzt in Berlin nicht machen, aber die FHs und damit die Zielgruppe der FH-Studierenden und -Absolvierenden in Kombination mit den klassischen Universitäten in ein Modellprojekt mit reinzuholen, wäre meines Erachtens eine Möglichkeit, weitere Zielgruppen zu erschließen.

Der nächste Punkt ist der fächerbezogene Bedarf. Sie haben ja einige Hinweise, Musik und Kunst – – Wir haben in Berlin mit der Universität der Künste – UdK – ein Unikat. Da tröpfeln gelegentlich auch mal Musik- und Kunstlehrkräfte heraus. Die haben dann das Label, dass sie künstlerische Persönlichkeiten sind. Ich habe immer gesagt: Ich brauche Leute, die in der Grundschule Klavier spielen oder einfach Kunst unterrichten können. Sie haben wenige Kilometer entfernt in Potsdam für das Lehramt für Musik und Kunst Eingangsprüfungen, die deutlich einfacher sind. Ich will nicht sagen, sie sind schlechter, sie sind nur einfacher. Sie kommen deutlich besser ins Lehramt rein, um Kunst und Musik zu studieren. Wir haben in Berlin ein wahnsinnig hohes Niveau, dafür aber keine Lehrkräfte. Man kann sich jetzt überlegen, was eine sinnhafte Struktur ist, ob man vielleicht eine Mischform macht, indem man der FU oder der HU ermöglicht, Musik oder Kunst zusätzlich als Fach anzubieten und es nicht im Monopol der UdK hält, die über 20 Jahre hinweg nicht in der Lage war, auch nur ansatzweise ausreichend auszubilden.

Sonderpädagogik ist meines Erachtens ein besonderes Problem. Da haben wir das Lehramt aufgegeben und es als Pflichtfach in die Lehrämter hineingezogen. Das ist auch sinnvoll. Allerdings können Sie den Zahlen entnehmen, das betrifft jetzt auch die FU, dass wir im Moment weniger Abschlüsse als 25 Prozent der Studienplätze im Master haben. Mir ist jetzt nicht bekannt, was das Problem ist, aber dem muss man mal nachgehen. Das kann man nicht über Jahre laufen lassen.

Der letzte Punkt: Man muss insgesamt eine Evaluation der Lehrkräftebildung mit den richtigen Fragen richtig angehen und fragen, was man hier ändern kann und was die Zahlen bedeuten, denn die Hochschulstatistik gibt nicht genug her, um das zu evaluieren. Das hat auch die Evaluation des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie – FiBS – ergeben. Das lese ich zum Schluss vor. Das ist die Evaluierung der Berliner Lehrkräftebildung, Kurzfas-

sung des Abschlussberichts vom 8. September 2021 vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie – FiPS –:

Wesentlich aufschlussreicher sind dagegen universitätseigene Statistiken zum Studienverlaufsmonitoring. Diese lagen jedoch nur für die Humboldt-Universität bzw. für die Freie Universität vor, waren in ihrem Design aber nicht miteinander vergleichbar. Zuverlässige hochschulübergreifende Aussagen konnten auf dieser Datenbasis nicht getroffen werden. Hierzu fehlt ein einheitliches statistisches Monitoringsystem. Zudem konnten im Rahmen der Evaluation keine statistischen Daten zum Studienabbruch ermittelt werden.

Daran muss man gehen und fragen, warum es in Hochschulverträgen nicht möglich ist, sanktionierbare Zahlen und eine klare Evaluation zu vereinbaren, die diese Punkte des Studienverlaufsmonitorings belastbar machen. Dann wissen wir auch, wo unser Problem ist. Denn es ist nicht nur: mehr Studienplätze und mehr Geld. Wir haben eine Struktur, die im Moment nicht effizient genug ist. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Rackles! – Sie alle können sicherlich auch die große Uhr am Ende des Saals erkennen, sodass wir jetzt in Schwierigkeiten zeitlicher Natur kommen. Bevor ich den drei Anzuhörenden, die digital zugeschaltet sind, das Wort gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass ich nach den Anzuhörenden eine kurze, knackige Fragerunde, explizit für Herrn Professor Dr. Ziegler ermöglichen werde. Ich möchte Sie bitten, wenn Sie direkt Fragen an ihn haben, dass wir das aufnehmen, damit wir seine Antworten noch anhören können. Wir würden dann die Lüftungspause machen und danach sicherlich noch eine oder zwei Fragen- und Antwortrunden der verbliebenen vier Anzuhörenden haben. Alle Anzuhörenden haben es natürlich verdient, hier gehört und auch befragt zu werden.

Es ist unglaublich heiß hier. Ich dachte, es geht nur mir so. Wir werden versuchen, die Fenster aufzumachen. Ich bitte darum, dass die drei Anzuhörenden jetzt eine kurze Stellungnahme geben, damit dann die Ausschussmitglieder an Herrn Prof. Dr. Ziegler die Fragen richten können. – Frau Regulin, bitte!

Martina Regulin (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW-Berlin –) [zugeschaltet]: Schönen guten Tag und herzlichen Dank für die Einladung! – Frau Vorsitzende! Liebe Abgeordnete! Ich möchte erstmal begrüßen, dass es eine gemeinsame Tagung des Bildungsausschusses und des Ausschusses für Wissenschaft gibt, weil ich denke, dass das bei diesem Thema sehr wichtig ist. Wir haben Ihnen auch eine schriftliche Stellungnahme zukommen lassen. Ich möchte mich auf drei Punkte beschränken. Es geht um die Zahlen – da hat auch schon Herr Rackles auf sein Paper verwiesen –, dann um die Ausbildungsoffensive und als Drittes möchte ich auch noch mal auf die Quereinsteigenden eingehen. Wichtig ist bei der Prognose, die uns vorliegt, zu sagen, dass dort ein zu geringer Bedarf abgebildet wird. Wir halten ihn auch mittelfristig nicht für rückläufig. Wir sehen, dass da viele Punkte vergessen wurden: qualitätsverbessernde, kleinere Klassen, die ja in der Pandemie sehr gut funktioniert haben und wo man Erfolge gesehen hat, zusätzliche Unterrichtseinheiten, die jetzt sicherlich im Rahmen des Aufholens der Pandemie kommen werden, und wo wir davon ausgehen, dass das nicht immer alles durch Programme außerhalb des Schulalltags kommen muss, und eine

verbindliche Vertretungsreserve. Die Attraktivität des Berufs Lehramt wurde schon angesprochen.

Die Ausbildungsoffensive ist teilweise gestartet, habe ich mir aufgeschrieben. Ja, es gab eine Erhöhung der Studienplätze, aber eine Steigerung oder ein Erreichen der Absolventen- bzw. Absolventinnenzahlen, die in den Hochschulverträgen avisiert war, sehen wir nicht. Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig, und es ist auch wichtig herauszubekommen, woran es liegt. Wir haben ganz verschiedene Gründe, warum Studierende den Bachelor abbrechen, aber ich sehe als wichtigstes Problem an den Hochschulen, dass vielleicht Herr Ziegler und die Universität schon erkannt haben, wie wichtig die Lehramtsausbildung ist, aber in den Fachwissenschaften die Lehrkräfteausbildung immer noch als Studium zweiter Klasse angesehen wird: Ihr seid ja nur im Lehramt. Ihr kommt nicht in die Forschung. Ihr wollt da nicht hingehen. – Das ist in den einzelnen Fächern immer noch problematisch, und dem muss man sich offensiv stellen. Es braucht einen Kulturwandel, weil Lehramtsausbildung keine Ausbildung zweiter Klasse ist, sondern ein sehr wichtiges Projekt – auch für unsere Gesellschaft.

Bei dem Masterstudium gibt es Probleme im Praxissemester. Herr Ziegler hat das auch angesprochen. Mit den Tandems ist sicherlich eine gute Lösung gefunden worden, andererseits haben wir da das Problem, dass wir die finanzielle Unterstützung für die Studierenden brauchen. Wenn sie nebenbei arbeiten, haben sie nicht die Möglichkeit, das Praxissemester, so wie es vorgesehen ist, zu absolvieren, weil sie nebenbei kein Geld verdienen. Das betrifft alle Lehrämter, nicht nur die in den MINT-Fächern. Über das BAföG brauche ich Ihnen keine genauere Auskunft geben, Sie wissen, dass das nur die wenigsten Studierenden bekommen. Auch die Betreuung vom Praxissemester – – Mit den Lehrenden gibt es viele Verwerfungen. Ich sage nur: die LVVO, die KapVO, alles im Wissenschaftsausschuss – – Da muss dringend etwas passieren.

Drittes: die Quereinsteigenden. Sie werden am StEPS sozusagen fort- und weitergebildet, aber diese Ausbildung muss dringend mit den Hochschulen verknüpft werden. Es geht nicht darum, das an die Hochschulen zu bringen, aber man muss eine bessere Querevaluation, eine Betrachtung der Inhalte usw. vornehmen. Die Quereinsteigenden brauchen sehr lange, bis sie das zweite Fach nachstudiert haben und in das regelhafte Referendariat einsteigen können. Mit diesem hohen Engagement, mit dem sie in die Schulen kommen, werden sie aber sehr schnell in viele verschiedene Aufgaben, die sie auch selbst annehmen, weil sich diese zutrauen, hineingepresst bzw. geworfen, und dann passiert eine Überforderung. Ich sage nur: Klassenleitungen an den Grundschulen ist so ein Klassiker. Ich finde es wichtig, dass wir auch eine gewisse Schutzfunktion haben und die Quereinsteigenden, die natürlich ein gutes fachliches Wissen, aber keine pädagogische Ausbildung haben, erst mal in den Schulen ankommen lassen. Auch wenn der QuerBer eine grundsätzliche Vermittlung versucht, kann das kein Lehramtsstudium ersetzen. Bei den Prognosen wurde ja auch gesagt, dass die vielen Menschen, die befristet an den Schulen eingestellt wurden, immer wieder weiter befristet werden und überhaupt keine Möglichkeit haben, sich weiterzubilden. Die müssen irgendwie in den Quereinstiegsmaster kommen können, wenn sie kein Fach haben, das ein Schulfach ist. Darum müssten wir uns dringend kümmern, weil das ein Potenzial ist, dass wir heben sollten. Ich denke, das ist wichtig.

Das Fazit der GEW-Berlin: Das Beste wäre die Einrichtung einer Taskforce aus Wissenschaft, Bildung und den Akteuren, den Hochschulen, die auf aktuelle Probleme eingehen oder

wirklich Lösungsansätze anbieten könnte, da es, wie Sie selbst wissen, ein sehr komplexes Thema ist.

Wichtig sind: Realistische Zahlen, eine Offensive mit einem Kulturwandel an den Hochschulen und der Quereinstieg, der dann mit einer Verzahnung mit den Universitäten eine gute Weiterbildung im StEPS und dadurch eine hohe Qualität ermöglicht. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank, Frau Regulin! – Herr Prof. Dr. Klemm, bitte!

Dr. Klaus Klemm (Expertenkreis „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Prof. Dr. Klemm, Sie sind doppelt im Raum. Bitte machen Sie den Lautsprecher aus und stellen Sie Ihr Mikro auf „stumm“. Herr Prof. Klemm, versuchen Sie sich bitte noch einmal einzuwählen. – In der Zwischenzeit würden wir Herrn Prof. Dr. Krüger anhören, wenn das geht.

Dr. Dirk Krüger (Landesverband Berlin-Brandenburg des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts e. V. – MNU BB –) [zugeschaltet]: Gern! Ich begrüße Sie!

Dr. Klaus Klemm (Deutsche UNESCO-Kommission) [zugeschaltet]: Aber ich habe nur bis 17 Uhr Zeit.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Das nehmen wir zur Kenntnis. Wir hoffen auch, das bis dahin zu schaffen.

Prof. Dr. Klaus Klemm (Deutsche UNESCO-Kommission) [zugeschaltet]: Ich gehe jetzt raus.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Danke sehr! – Prof. Krüger, bitte!

Dr. Dirk Krüger (MNU BB) [zugeschaltet]: In Ergänzung zu dem, was mein Präsident Ihnen schon mitgeteilt hat, gebe ich Ihnen ein paar Inputs aus der direkteren Praxis. Ich bin im Augenblick der Direktor der Dahlem School of Education, selber Didaktiker in der Biologie und kann Ihnen über mein Fach, aber auch über die DSE etwas sagen. Uns ist völlig klar, dass wir bis 2025 im Grundschullehramt nachlegen und bis 2030 dann nachrückend die Schülerpopulation in der Sekundarstufe I bedienen müssen. Wir haben im Augenblick das Problem, dass die Schüler- und Schülerinnenabsolventenzahlen runtergehen bzw. in manchen Ländern gar nicht zur Uni kommen, weil sie zurzeit in den großen Flächenländern wieder 13 Jahre lang die Schule besuchen. Das führt zu gewissen Verzögerungen, die wir bei den Bewerberinnen- und Bewerberzahlen erkennen, sodass wir in bestimmten Bereichen, die Herr Ziegler schon genannt hat, unsere Studienplätze gar nicht vollständig besetzen können.

Zweiter Punkt: Quereinstieg ohne universitäre Begleitung halte ich für extrem kritisch. Ich sehe an meiner Universität, welcher intellektueller Aufwand betrieben wird, den Quereinsteigenden eine sowohl pädagogische wie fachdidaktische und fachliche Ausbildung zur Verfü-

gung zu stellen. Ich beobachte den Quereinstieg in Berlin, der ohne universitäre Begleitung stattfindet, sehr skeptisch, weil ich um die Qualität der dort Ausgebildeten fürchte.

Dazu direkt der nächste Punkt, der auch zu einer Reduktion der Studierendenzahlen oder des Durchgangs im Bachelor führt: In unserer Universität unterrichten bereits etliche Bachelorstudierende an Schulen. Das führt zu einer Verlangsamung im Studium und manchmal sogar zu Abbrüchen, weil sie bereits an den Schulen unterrichten und sich dort fast schon wie Lehrerinnen und Lehrer fühlen. Das sorgt uns und macht uns nervös.

Ein weiterer Punkt: Mentoringqualifizierung. Wir brauchen zur Unterstützung an den Schulen Mentoren und Mentorinnen, die wir bisher gut ausgebildet haben, was aber zur Zeit stockt, weil uns die fachdidaktische Betreuung an den Universitäten, wo wir diese Fortbildungen durchführen, nicht mehr bezahlt wird. Es wird offensichtlich zwischen den Verwaltungen darüber diskutiert, wessen Auftrag es immanent ist. Wir als Universitätsangehörige haben den Eindruck, dass in diesem Streit, fachdidaktische Mentorinnen und Mentoren gut auszubilden und an den Schulen diese Unterstützung dann auch zu haben, verloren geht.

Corona hat dazu geführt, dass es in den Jahren 2020 und 2021 Einbrüche gegeben hat. Aber wir sehen jetzt schon, wie am Ende des Jahres 2021 die Absolventenzahlen im Bachelor wieder deutlich steigen, sodass ich recht zuversichtlich bin, dass auch die Absolventenzahlen im Master steigen werden. Kleiner Bericht aus der Didaktik in meinem Bereich der Biologie: Als ich hier an der Universität angefangen habe, betrug der Prozentsatz der Lehramtsstudierenden in meinem Fach 40 Prozent aller Studierenden der Biologie, mittlerweile liegen sie bei 50 Prozent, was bei mir zu einer Verdopplung der Betreuungszahlen geführt hat. Ebenfalls zur Beruhigung: Was tut meine Universität? – In allen MINT-Fächern sind neue Juniorprofessorinnen und -professoren eingestellt worden, die mich beerben sollen, aber praktisch vier bis sechs Jahre vorher eingestellt worden sind, um einen nahtlosen Übergang zu gewähren und keine Lücken in der fachdidaktischen Ausbildung zu erzeugen. Ich bin also recht zuversichtlich, dass wir es mit diesem aktuellen Personal schaffen, die großen Zahlen in diesen Bereichen zu stemmen.

Ein Gedanke, den ich Ihnen noch gern mit auf den Weg geben möchte: Vielleicht kann darüber nachgedacht werden, wie mit ausgebildeten Personen mit drei Fächern umgegangen werden kann, und ob hier eine Option bestünde, diese in den entsprechenden Fächern in Schulen unterrichten zu lassen. – Das als kurzes Statement von mir.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Krüger! – Herr Prof. Dr. Klemm, wir würden es jetzt noch einmal probieren. Sie sind jetzt nur noch einmal im System. Prof. Dr. Klemm? – Wenn wir ihn jetzt nicht hören, würde ich vorschlagen, dass wir die Lüftungspause nutzen, um uns noch mal zu Herrn Prof. Dr. Klemm durchzustellen und auch seine Stellungnahme zu hören. Angesichts der Zeit hatte ich schon angekündigt, dass ich jetzt eine kurze Fragerunde, explizit für Herrn Prof. Dr. Ziegler, zulasse. Auf der Liste habe ich Frau Brychey, Herrn Hopp, Herrn Grasse, Herrn Krüger, Frau Aydin und Herrn Fresdorf – nur für Herrn Prof. Dr. Ziegler. – Wir fangen jetzt mit Frau Brychey an!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank für die Gelegenheit! Dann würde ich das kurz machen, damit die Kollegen und Kolleginnen noch drankommen und Herr Prof. Dr. Ziegler antworten kann. Ich wollte fragen, wie Sie die Coronadelle, also die aktuelle Situation, dass wir in manchen Studiengängen wieder weniger Absolventinnen und Absolventen haben, einschätzen. Dann hatten Sie angesprochen, dass dies insbesondere im Bachelor ISS / Gymnasium der Fall ist, warum in diesem Studiengang?

Was ist Ihre Analyse in Bezug auf Abbruchneigung und Verzögerungen im Studienverlauf? Wir haben ja gehört, dass die Evaluation und das Monitoring zwischen den Universitäten nicht vergleichbar waren. Was schlagen Sie vor, wie die Studierenden erfolgreich zum Abschluss begleitet werden können?

Eine Nachfolgefrage zum Quereinstiegsmaster: Sie hatten skizziert, dass der Umstieg in das Grundschullehramt möglich wäre. Gebe es aus Ihrer Sicht weitere Möglichkeiten, mit dem Quereinstiegsmaster zu arbeiten, um für die aktuelle Mangelsituationen Absolventinnen und Absolventen schnell zu gewinnen, oder ist das aus Ihrer Sicht nur in diesem einen Fall noch möglich, weitere Quereinstiegsmasterstudiengänge einzurichten? – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Hopp, bitte!

Marcel Hopp (SPD): Danke schön! – Herr Prof. Dr. Ziegler, schön dass Sie da sind und danke für Ihre Ausführungen! Sie sind auf das Spannungsfeld zwischen Fachqualität und Praxisorientierung eingegangen. In diesem Kontext würde mich Ihre Perspektive auf die von Herrn Rackles angesprochene Polyvalenz sehr interessieren. Das ist ja tatsächlich ein Spannungsfeld, dem wir uns stellen müssen. Gleichzeitig finde ich es auch total wichtig, sich noch mal der Effizienz des polyvalenten Bachelors zu stellen. Wir sind jetzt nicht an dem Punkt, das jetzt hier zu tun, aber trotzdem würde mich dazu Ihre Einschätzung interessieren. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich mache es kurz und knackig, wie Sie es angeregt haben. Ich habe drei kurze Fragen an Herrn Prof. Ziegler. Könnten Sie uns Ihre Erkenntnisse zu den Gründen für Studienabbrüche im Lehramt erläutern? – Die zweite Frage: Könnte man die Anerkennung der Leistungen ausländischer Fachkräfte erleichtern? – Und die dritte Frage: Wie bewerten Sie den Vorschlag zur Gründung einer Pädagogischen Hochschule für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für Berufs- und Grundschulen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Krüger, bitte!

Louis Krüger (GRÜNE): Welche zusätzlichen Bedarfe an Lehrkräftestellen ergeben sich durch die qualitative Begleitung der Lehramtsstudierenden zum Beispiel im Praxissemester, durch Lehrkräfte in den Schulen, aber auch durch Abordnung von Lehrkräften für die Fachdidaktik an den Universitäten?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Aydin!

Sevim Aydin (SPD): Vielen Dank auch von mir! – Meine Frage wurde bereits gestellt, aber ich stelle sie noch einmal. Sie haben ausgeführt, dass die Abbrecherquoten im Vergleich zu anderen Studiengängen niedrig sind. Es würde mich sehr interessieren, wie hoch die Abbrecherquoten sind.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Fresdorf!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Prof. Ziegler für Ihre Ausführungen! Da ich durch die harte Schule von Frau Demirbüken-Wegner gegangen bin, werde ich Redundanzen vermeiden. Meine Fragen wurden gestellt. Ich bin gespannt auf die Antworten zu den Abbrechern.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Herr Prof. Dr. Ziegler, bitte!

Dr. Günter M. Ziegler (Präsident der FU): Danke! – Ich versuche, auf die schnellen Fragen auch schnelle Antworten zu geben. Zunächst zur Coronadelle: Eine Beobachtung auch mit den Absolventenzahlen, die wir im Moment aus den zwei Coronajahren haben – – Ich würde sagen: Warten wir noch ein kleines bisschen. Es stellen sich unter anderem die Fragen: Wer hat wirklich abgebrochen? Wer hat nur verzögert? Wer kommt da noch nach? Eine Beobachtung, die wir aus den FU-Statistiken haben, ist, dass diejenigen, die aufgehört haben oder wohin auch immer verschwunden sind, nicht aus Berlin kommen, um an der FU zu studieren, sondern tendenziell eher die Auswärtigen sind. Das ist eine von den Beobachtungen, bei der man hoffen kann, die sind nur zu Mama nach Hause gegangen und kommen nach der Pandemie zum Studieren oder Fertigstudieren wieder zurück. Das müssen wir sehen.

Es wurde gefragt, wie man uns helfen und was man machen kann. Ich glaube, wir brauchen jetzt, auch wenn die eigentliche Pandemie vorbei ist, zusätzliche Unterstützung. Da ist herzlich willkommen aus der Senatsverwaltung – – um mit zusätzlichen Tutorien und zusätzlichen Lehrkräften Abschlussarbeiten zu betreuen und zu unterstützen, aber auch da, wo es psychische Belastungen gibt, zu kompensieren. Wir können einen wirklich großen Unterschied machen, wo am Ende, Leute erfolgreich aus der Ausbildung herauskommen und sich qualifizieren und oder eben nicht.

Quereinsteigsmaster. Sie hatten gesagt: „schnell“. Schnell ist immer so eine Sache, wenn wir neue Programme auflegen und schnelle Antworten haben wollen. Generell ist ein Quereinsteig ohne universitäre Begleitung, in die Schulen hinein, keine gute Idee. Da, wo man Quereinsteiger qualifizieren will, muss man sie qualifizieren. Herr Krüger hatte bereits den Effekt, dass uns Studenten aus dem Bachelorstudiengang abgeworben werden, die keine fertigen Lehrer sind, die vielleicht die didaktische Ausbildung nicht beendet haben, und dann in die Grundschule reingehen und dort gleich Klassenlehrer werden, angesprochen. Ich befürchte, die werden uns am Ende als Abbrecher in die Statistik geschrieben, und in der Schule stellt sich dann die Frage, ob diese Quereinsteigenden, die nicht begleitet wurden, dann wirklich durchhalten können. Das sind die Dinge, die man anschauen kann.

Zum polyvalenten Bachelor will ich nichts sagen, weil ich da kein Spezialwissen habe. Ich beantworte die Frage gern im Nachhinein.

Herrn Grasse! Zunächst mal zu den Abbruchsgründen: Die Beobachtung, die unsere Statistik herausgefischt hat, dass das nicht die Berlinerinnen und Berliner sind, die abbrechen oder erst mal verschwinden, sondern die Auswärtigen, ist interessant, um Dinge zu tun.

Ausländische Bewerberinnen und Bewerber. Wir sind eine internationale Netzwerk-Universität. Wir nehmen alle, die kommen können. Wir bieten auch zusätzliche Sprachangebote und Qualifikationen an. Wenn jetzt ukrainische Flüchtlinge kommen, um zu studieren, werden wir Welcome-Semestern usw. anbieten müssen. Wir müssen ihnen ein, zwei Semester geben, um sich rein zu finden, um dann voll studieren zu können. Auch dafür werden wir Möglichkeiten schaffen und Unterstützung brauchen.

Eine Pädagogische Hochschule sehe ich für die Probleme, die wir haben, nicht als zielführendes Instrument. Das große Problem der Lehrkräftebildung ist, auf der einen Seite die Erzie-

hungswissenschaften, die didaktische Ausbildung, und auf der anderen Seite die Fachdidaktik und die Anbindung aus den Fachwissenschaften zu garantieren. Das muss aus einer Hand sein. Das ist das, was Universitäten können, und was wir auch hervorragend machen wollen. Dieselben Experimente, die vor 30 Jahren nicht funktioniert haben, noch mal zu wiederholen, erscheint mir nicht zielführend.

Herr Krüger hatte nach den Praxissemestern und deren Begleitung gefragt. Die Abordnung von Lehrkräften an die Universitäten haben wir nicht oder fast nicht mehr. Ich verstehe natürlich, dass man, wenn man im Land zu wenig Lehrer hat, nicht auch noch welche an die Universitäten geben will. Im Hinblick auf eine nachhaltig exzellente Ausbildung und Begleitung ist das aber doch ein Mechanismus, der hervorragend hilft und wo es Unterstützung geben muss. Deswegen würde ich dafür werben. – Das auf die Schnelle zu den Fragen, so wie ich sie aufgeschnappt habe. Es tut mir leid, dass ich heute nur eine begrenzte Zeit da bin. Ich sage einfach: gern wieder. Auch in diesem Sinne, herzlichen Dank für die Einladung!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Ziegler! – Wir haben ja noch ein Déjà-vu mit dem Wissenschaftsausschuss, wo wir uns auf der anderen Seite gern dazu laden lassen. Nach der Lüftungspause, die ich jetzt gleich einleiten werde, bitte ich Sie, pünktlich um 16.28 Uhr wieder hier zu sein. Dann hören wir die Stellungnahme von Herrn Prof. Dr. Klemm. Frau Naghipour hatte auch gesagt, dass sie gern eine Stellungnahme abgeben möchte. Dann haben wir noch eine Fragerunde. Bitte verlassen Sie jetzt den Raum, und wir probieren es noch einmal mit Herrn Prof. Dr. Klemm. – Danke sehr!

[Lüftungspause von 16.13 Uhr bis 16.30 Uhr]

Dr. Klaus Klemm (Deutsche UNESCO-Kommission) [zugeschaltet]: Ich beginne auch mit einer kurzen Erinnerung. Ich habe zum ersten Mal 1976, das ist schon etwas her, ein Buch zum Thema „Volle Klassen, Lehrerschwemme“ geschrieben. Seither ereilt mich das Thema Lehrermangel alle sechs, sieben Jahre, und jetzt ist es wieder so weit. Das macht einen ein bisschen resignativ beim Behandeln dieses Themas.

Es ist schade, dass wir nicht zehn Tage später reden, denn am kommenden Freitag wird die Kultusministerkonferenz eine neue Lehrerbedarfsberechnung, Bedarfs- und Angebotsberechnung, vorlegen. Diese KMK-Berechnungen stellen sich als Summe von 16 Länderberechnungen dar. Die KMK wird am nächsten Freitag für Berlin für die einzelnen Lehrämter getrennt die Situation von Angebot und Nachfrage und damit auch von Mangel publizieren. Mit Blick auf diese zu erwartende Publikation, die bisher noch nicht veröffentlicht ist, möchte ich auf ein paar Punkte aufmerksam machen, bei denen ich raten würde, sich die bei der kommenden Berliner Situation genau anzuschauen.

Ich beschränke mich wegen der Kürze der Zeit auf drei Aspekte. Zunächst: Was ist bei der Entwicklung der Schülerzahlen zu beachten? – Auf den ersten Blick klingt das sehr trivial, aber offensichtlich sind da doch viele Details, die man sehen muss. Im November, vor drei Monaten, ist bei der KMK auch eine Schülerzahlenprognose vorgestellt worden. Das ist auch eine Prognose, die aus 16 Länderprognosen besteht. Diese Prognose geht nach dem Titel von 2020 bis 2035. In der Vorbereitung auf die heutige Anhörung habe ich mir die angeschaut und mit Staunen gesehen, dass die Berliner Daten alle nur bis 2030 gehen und bis 2035 die drei, vier Daten vom Land einfach fortgeschrieben werden. Da das die Grundlage für die KMK sein wird, heißt das, dass zumindest für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden und der Berufsbildenden die Schülerzahlen systematisch unterschätzt werden, weil es so ist, dass die Geburtenanstiege, die wir von 2013 bis 2016/17 hatten, erst nach 2030 voll in die Bildungsgänge der Sekundarstufe II der Allgemeinbildenden und der Berufsbildenden hereinwachsen. Wenn man ab 2030 mit den Werten einfach weiterrechnet, liegt man zu niedrig. Ich rate Ihnen sehr, sich genau anzugucken, ob nicht für die Planungen ab 2030 mit völlig falschen Schülerzahlprognosen gearbeitet wird.

Zweiter Punkt: Es ist mir in Vorbereitung auf die heutige Sitzung nicht so richtig gelungen, ein Bild davon zu gewinnen, was die Senatsverwaltung in Berlin zur Entwicklung der Schülerzahlen und des Lehrerbedarfs sagt. Ich habe eine Publikation vom Juni 2021, ein gutes halbes Jahr her. Da waren in einer Vorlage an das Abgeordnetenhaus, an den Schulausschuss, Schülerzahlenentwicklungen auch nur bis 2030 dargestellt. Die bezogen sich aber nur auf die Schülerzahlen der öffentlichen Schulen. Wenn man die privaten Schulen, die auch Lehrer brauchen, dazu zählt, komme noch 60 000 Schüler mit dem entsprechenden Lehrerbedarf dazu. Ich rate, bei der Schülerzahlenentwicklung genau zu gucken, ob wirklich mit allen Schülern, den öffentlichen wie den privaten Schülern, die Lehrkräfte brauchen, gerechnet wird und zweitens, ob über das Jahr 2030 hinaus mit belastbaren Daten, nicht mit fortgeschriebenen Bestandsdaten, gearbeitet wird.

Dritter Punkt: Berücksichtigung der veränderten bedarfsrelevanten Entwicklungen. Wir haben eine ganze Reihe Bereiche, wo die Politik, auch die Berliner Politik, sagt, sie wolle dieses und jenes tun. Ich nenne mal drei Beispiele: der Ganztagsbereich, der Bereich der Förderung von Schulen in besonders herausfordernden Lagen und schließlich der Bereich der Inklusion. – In den mir bisher von der KMK aus dem letzten Jahr zur Kenntnis gelangten Bedarfsprognosen

sind diese Bereiche nie als zusätzliche bedarfsrelevante Bereiche aufgetaucht. Das ist, wenn man die politischen Versprechungen, die zurzeit überall in der Republik gemacht werden, ernst nimmt, fatal und führt wiederum zu einer Unterschätzung des Bedarfs. Das gilt für den Ganztagsbereich zum Beispiel. Bei der Kostenberechnung zum Rechtsanspruch auf gesicherte Ganztagsangebote im Grundschulbereich wird davon ausgegangen, dass dort ausschließlich Erzieherinnen und Erzieher arbeiten, keine einzige Lehrkraft. Wenn die Ganztagschule aber nicht eine beaufsichtigende Funktion hat, sondern auch eine pädagogisch fördernde, dann müssen auch im außerunterrichtlichen Ganztagsbereich in bestimmtem Umfang Lehrkräfte einbezogen werden. Oder im Bereich der Inklusion: Wenn man die Schülerzahlenprognose des letzten Jahres nimmt, dann geht Berlin davon aus, dass im Jahr 2030 immer noch 2,3 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in exklusiven Schulen, also in Förderschulen, unterrichtet werden, dass es im Bereich der Inklusion keinen nennenswerten Fortschritt von jetzt bis 2030 geben wird. Wenn man das so will, ist das okay. Wenn man das nicht so will, braucht man zusätzliche Lehrkräfte, die im inklusivorientierten Unterricht die sonstige Personalausstattung stützen. Man könnte das für die anderen Bereiche noch fortsetzen, soziale Brennpunktschulen usw. Wenn man sich die Bedarfsprognosen, die nächste Woche kommen, genau anguckt, und ich denke, das werden Sie als Abgeordnete tun, denn das ist die Grundlage der weiteren Planungen, dann muss man diese benannten Mängelbereiche berücksichtigen.

Dann gibt es noch einen vierten Punkt, den ich in der Kürze der Zeit ansprechen möchte. Das ist die Entwicklung des Neuangebots von Lehrkräften. Es ist im Laufe des Nachmittags schon mehrfach gesagt worden, dass das Land als Einstellungsbedarf etwa 2 000 Vollzeitlehrereinheiten jährlich benötigt. Ich weiß nicht, ob es die Senatorin war, irgendjemand hat eben schon angesprochen, dass es zwischen Vollzeitlehrereinheiten und tatsächlich beschäftigten Lehrern einen Unterschied gibt, da durchaus nicht alle Lehrkräfte Vollzeit arbeiten. Das heißt, wenn wir 2 000 Vollzeitlehrereinheiten benötigen, dann brauchen wir 2 200, 2 300 Lehrkräfte, die jährlich hinzukommen. Das ist deshalb ein wichtiger Unterschied, denn die Absolventenzahlen, die wir von den Hochschulen mitgeteilt kriegen, rechnen nicht mit Vollzeitäquivalenten der Lehrkräfte, sondern die rechnen mit Personen. Da habe ich mir eine Vorlage vonseiten der Senatsverwaltung vom Februar dieses Jahres an Sie angeguckt. Der ist zu entnehmen, dass im Jahr 2020 gerade einmal insgesamt 809 Studierende den Master of Education in den verschiedenen Lehrämtern – Grundschule, Sekundarschule, weiterführende Schulen, Gymnasien, Berufsschulen – machten. Das sind insgesamt 809 Absolventen gewesen. Wenn man unterstellt, dass die alle ins Referendariat gehen und alle das Referendariat erfolgreich absolvieren, was nicht der Fall ist, dann kommen Sie auf etwa 800 neue Personen gegenüber einem Bedarf von 2 300. Das ist ein dominantes Defizit an Angeboten. Wenn man guckt, wie sich die Anfängerzahlen entwickeln, dann sehen wir, dass im Grundschulbereich tatsächlich ein beachtlicher Anstieg der Studienanfänger zu verzeichnen ist, aber in den weiteren Lehrämtern ist das nicht der Fall, sodass wir eigentlich von der jetzigen Ausbildungssituation her davon ausgehen müssen, dass der Mangel zumindest bis Ende der Zwanzigerjahre anhält, wenn man sich nur auf die Absolventen Berliner Hochschulen stützt. Da wir bundesweit einen großen Lehrermangel haben, wird es immer schwieriger werden, aus anderen Bundesländern Lehrkräfte zu gewinnen.

Ich verzichte jetzt darauf, große Szenarien zu entwickeln, wie man alles besser machen könnte. Erstens habe ich das schon so oft gemacht, und es ist nie gemacht worden, dass ich da nicht mehr sehr motiviert bin. Außerdem, was wir jetzt besser machen, wirkt nicht in den nächsten vier, fünf Jahren, sondern wir haben einen Vorlauf von sieben, acht Jahren, bis ein

neuer Eintritt in die Hochschulen tatsächlich für die Schulen zur Verfügung steht. – Ich danke und entschuldige mich, dass es so kurz ist, aber ich hatte ja nur fünf Minuten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Klemm! – Dann übergebe ich das Wort an Frau Staatssekretärin Naghipour.

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Mir ist es wichtig, für die Wissenschaftsverwaltung zu betonen, dass die Lehrkräftebildung bei uns weiterhin hohe Priorität genießt. Darauf sind die Universitäten eingestellt. Wir sind dazu im engen Austausch mit dem Haus von Senatorin Busse. Ich hatte am vergangenen Dienstag, weil vorhin das Stichwort Taskforce fiel – Frau Regulin! Wir haben hausübergreifend eine Steuerungsgruppe Lehrkräftebildung, also zwischen unseren beiden Häusern, koordiniert von meinem Staatssekretärskollegen Slotty und mir, mit den Hochschulen. Wir haben am Dienstag viele der Themen, die gerade aufgegriffen wurden, entlang der verschiedenen Hochschulen aufgegriffen. Gerade seitens der FU, das hat der Prof. Ziegler eben sehr eindrücklich beschrieben, sind zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden. Zur genauen Ermittlung des mittel- und langfristigen Lehrkräftebedarfs erfolgt also ein enger Austausch unserer beiden Häuser. Mir ist wichtig zu betonen, dass mit den aktuell laufenden Hochschulverträgen, das ist hier schon an einigen Stellen angeklungen, schon ein enormer Aufwuchs an Studienplätzen und Lehramtsstudierenden erreicht wurde. Die Universitäten, und das haben wir in unserer Steuerungsgruppe am Dienstag schon erfahren dürfen und werden daran weiter anknüpfen, unternehmen große Anstrengungen, viel Engagement. Manche sind da schon weiter vorangeschritten, und andere sind weiterhin bemüht.

Zu bedenken ist natürlich auch, das hat Prof. Ziegler vorhin angedeutet, dass aufgrund der Regelstudienzeit von fünf Jahren und der erfahrungsgemäß um ein bis zwei Jahre längeren üblichen Studienzeit der Ausbau Zeit benötigt, das ist an einigen Stellen schon angeklungen, bis er sich in entsprechend höheren Zahlen der Absolventinnen und Absolventen widerspiegeln kann. Auch dazu, das wissen wir alle zur Genüge, kommt die Pandemie erschwerend hinzu. Erfreulicherweise hat das aber im Lehramt gar nicht zu einem großen Einbruch der abgelegten Prüfungen geführt. Wir haben als Wissenschaftsverwaltung, das hatte die Senatorin im vergangenen WissForsch-Ausschuss – Lieber Abgeordneter Grasse! Dass ein Sprechzettel bemüht wird, um Zahlen in Erfahrung zu bringen, ist, denke ich, völlig nachvollziehbar und gut, um genaue Zahlen anzugeben, nämlich dass die Wissenschaftsverwaltung den bisherigen Aufwuchs der Studierenden mit rund 100 Millionen Euro finanziert hat und ein kontinuierliches genaues Monitoring durchführt, ob die Kapazitäten im Lehramtsbereich zur Erreichung der Zielzahlen auskömmlich sind.

Durch die eben genannten Hochschulverträge, die wir haben, und das Sonderprogramm, das klang hier auch schon an einigen Stellen an, wurden viele qualitative Maßnahmen eingeleitet. Die Betonung darauf, dass wir qualitative Maßnahmen brauchen, wurde auch in unserer Steuerungsgruppe am Dienstag an verschiedenen Stellen noch mal aufgegriffen. Es fiel auch das Stichwort Out-of-the-box-Denken, um tatsächlich diese Maßnahmen bedarfsorientiert anzusetzen und, das fand ich interessant, was die Absolventinnen- und Absolventenzahlen angeht, sich durchaus die Mobilität der Studierenden anzuschauen, zu schauen, ob sie eigentlich in Berlin bleiben. Wir haben gerade in den letzten Wochen, ich meine, es sind drei Schriftliche Anfragen seitens der Linksfraktion gehabt. Eine, das ist die 19/10639, bezog sich auf die Entwicklung der Anzahl der Bachelorstudierenden mit Lehramtsoption und Absolventinnen

und Absolventen an den Berliner Universitäten. Ich habe gerade mal reingeschaut. In der Tabelle 19, weil eben gefragt wurde, wie viele Abbrüche es gegeben hat, ist die Zahl der Exmatrikulationen der letzten Jahre festgelegt. Ich trage jetzt nicht alle Zahlen der Universitäten vor, aber sie sind in dieser Schriftlichen Anfrage nachzulesen, wobei man unterscheiden muss: Exmatrikulationen heißt nicht immer Abbruch. Zum Beispiel waren es bei der FU insgesamt für Bachelorstudiengänge mit dem Abschluss Lehramt im letzten Jahr, 2021, 84 Exmatrikulationen. Das nur als ganz grober Richtwert. Wie gesagt, ich wollte jetzt nicht alle Universitäten und Hochschulen nennen, die hier genannt sind.

Insoweit zum Ausdruck bringend: Qualitative Maßnahmen. Wir sind mit der Steuerungsgruppe dran. Wir sind im engen Austausch. Als weitere Maßnahme, und das haben wir auch an verschiedenen Stellen gehört, wurden die Quereinstiegsmasterstudiengänge eingeführt, die gerade diese neuen Zielgruppen erschließen sollen. Im Grundschullehramt, da sehen wir erfreulichere Entwicklungen, begann der Ausbau aber schon 2016. Hier zeigen sich erhöhte Zahlen an Absolventinnen und Absolventen. Wir haben eine Steigerung von 140 Masterabsolventinnen und -absolventen für das Grundschullehramt im Jahr 2018 auf 255 Absolventinnen und Absolventen im Jahr 2021.

Zusammenfassend kann ich nur sagen: Wir setzen weiterhin auf den Willen und die Bereitschaft der vier lehrkräftebildenden Universitäten, sind weiterhin in unserem engen Austausch mit den vier lehrkräftebildenden Universitäten, die Lehrkräftebildung nach besten Kräften zu unterstützen. Weil hier am Anfang und auch im Antrag angeführt wurde, eine Ausbildungsoffensive müsse starten: Ich bin der Auffassung, sie hat schon angefangen. Sie hat begonnen. Wir sind mittendrin, und wir müssen dem Ganzen entlang der Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, die teilweise fraglos noch präzisiert werden müssen, einen Moment geben, sich entwickeln zu können. – Vielleicht so weit dazu. Es ist schon 16.47 Uhr. Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin! – Dann eröffne ich jetzt die Fragerunde. Ich habe Frau Brychcy, Herrn Weiß und Herrn Krüger auf der Fragendenliste. – Frau Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich wollte erst mal ein paar Fragen an den Senat richten und dann an die Anzuhörenden. Ich wollte den Senat fragen, wie denn aktuell zum kommenden Schuljahr 2022/23 das Einstellungsvolumen aussieht, aufgeschlüsselt nach Referendarinnen und Referendaren und was wir im Quer- oder Seiteneinstieg bewältigen müssen, denn es gab die Zahl von ca. 380 Referendarinnen und Referendaren, die zu erwarten sind. Was würde das insgesamt bedeuten, was wir neben den Laufbahnbewerbenden und -bewerbern zusätzlich einstellen müssten?

Sie sprachen an, dass die Stufe 5 als Anreiz, nach Berlin zu kommen, gewährt wird. Da wollte ich fragen, wie lange diese Stufe 5 noch bestehen bleiben kann, wenn geplant ist, die Verbeamtung anzugehen.

Inwiefern sind die Stipendien, die es Q-Masterbereich gibt, auch für den MINT-Bereich – das haben Sie angesprochen, Frau Senatorin Busse – in Anspruch genommen worden? Wir hatten in der Vergangenheit die Situation, dass die Stipendien zwar bestanden, aber dass die gar nicht ausgeschöpft wurden.

Es gibt ausländische Pädagoginnen und Pädagogen, die sich darum bemühen, bei uns anerkannt zu werden und hier unterrichten zu können. Welche Maßnahmen verfolgt der Senat, um das schnell tun zu können, damit die Pädagogen schnell an den Schulen ankommen?

Dann habe ich noch die Frage, wahrscheinlich eher an Frau Naghipour: Ist bezüglich der Betreuung im Praxissemester geplant, was Frau Regulin angesprochen hat, Verbesserungen vorzunehmen, darüber zu diskutieren, wie das mit der KapVO und der LVVO ist, ob man da vielleicht noch Verbesserungen erreichen kann? Die GEW hatte die Forderung aufgestellt, eine sogenannte Taskforce einzurichten. Sie sprachen jetzt von der Steuerungsgruppe zur Lehrkräftebildung, die tagt. Wäre es denkbar, dort die Universitäten direkt mit einzubeziehen, dass man alle am Tisch hat? Inwieweit gibt es Überlegungen, eine Kooperation mit StEPS und Universitäten einzurichten, um bei der Nachqualifizierung von Quereinsteigenden einen gemeinsamen Weg zu haben? – Das waren die Fragen an den Senat.

Herr Rackles! Dankenswerterweise haben Sie ausgeführt, dass das kein Berliner Problem ist, sondern dass wir bundesweit einen Lehrkräftemangel haben und dass es eigentlich einen Staatsvertrag bräuchte, was wir im Koalitionsvertrag stehen haben. Ich fand es sehr gut, dass Sie das ausgeführt haben. Ich wollte nach der Verbeamtung fragen, ob Sie wissenschaftlich feststellen können, ob das auf die Anzahl der Lehrkräfte einen Einfluss hat, die eingestellt werden können, ob man den Einfluss bei den Bundesländern messen kann, die jetzt neu verbeamteten, zum Beispiel Sachsen. Inwieweit können Sie das einschätzen?

Sie haben ausgeführt, dass Sie empfehlen würden, dass man 2 300 Personen Einstellungsbedarf bräuchte, und dass man einen Teil über den Quereinstieg abdecken müsste, um besser skalieren und steuern zu können. Da ist meine Frage bezüglich StEPS und Q-Master, ob das nicht eine Konkurrenz ist und ob es hier nicht eine Zusammenarbeit geben könnte, ohne dass man einen großen Verlust hat, um diese Skalierbarkeit trotzdem zu erhalten?

Generell habe ich die Frage, ob diese 2 000 Absolventinnen und Absolventen, auf die wir uns geeinigt haben, eine gute Zahl ist. Glauben Sie, dass das ausreicht, wenn man die ganzen Bedarfe, die Herr Klemm jetzt genannt hatte, dazu nimmt, wir wieder verbeamteten wollen und pädagogische Verbesserungen, die wir für Schulen in schwieriger Lage machen wollen? Reichen aus Ihrer Sicht diese 2 000 Absolventinnen und Absolventen aus?

Frau Regulin! Sie haben kritisiert, dass der Einstellungsbedarf, den die Senatsbildungsverwaltung herausgegeben hat, zum Beispiel von 2 440 im Schuljahr 2021/22, strukturell zu niedrig angesetzt ist. Wenn Sie das noch mal ausführen könnten, wäre es sehr gut.

Dann gab es die Zahl der 892 VZE der befristet eingestellten, die immer fortgeschrieben werden. Da ist die Frage: Warum sind das jedes Jahr 892 VZE? Wie kommt diese Zahl zustande, und ist es nicht auch hier notwendig, zu qualifizieren, damit auch diese Lehrkräfte demnächst voll ausgebildete Lehrkräfte sind, die volles Gehalt bekommen?

An Herrn Prof. Krüger habe ich nur eine Frage. Sie haben dieses Programm „Unterrichten statt Kellnern“ kritisiert, was ich nachvollziehen kann, aber ist es nicht auch ein Punkt der Praxiserfahrung, diese beiden Ziele, auf der einen Seite schnelles Studium, dass die Absolventinnen und Absolventen schnell aus der Hochschule kommen, aber auf der anderen Seite

schon im Bachelorstudium Praxiserfahrung sammeln können? Ist es nicht ein wichtiger Aspekt, dass man schon mal an der Schule war, um zu wissen, wie die Situation ist?

Für Herrn Klemm habe ich noch die Fragen: Wachsende Stadt, Bevölkerungsprognose, Schülerinnen- und Schülerzahlenprognose. Sind Sie der Auffassung, dass das in den Berechnungen der Senatsbildungsverwaltung ausreichend berücksichtigt ist? Falls Sie das beantworten können, das weiß ich jetzt nicht: Sie hatten Zahlen für den Bund herausgegeben, was Ganztags, Inklusion, Schulen in schwieriger Lage insgesamt für Deutschland an Mehrbedarf bei Lehrkräften bedeuten. Können Sie das auch für das Land Berlin sagen? – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Weiß, bitte!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen! Meine erste Frage geht an Prof. Klemm. Wir haben es gehört: Berlin steht unter einem bundesweiten Wettbewerbsdruck. Wir haben es auch gehört: Die Verbeamtung ist kein Allheilmittel. Sie ist richtig und wichtig, aber es geht natürlich darum, nicht nur den Lehrerberuf, sondern auch die Schulen attraktiv zu machen, um Abwanderung zu verhindern und neue Lehrer in die Stadt zu locken. Sie hatten die Brennpunktschulen in Berlin erwähnt. Da zeigt die Statistik, dass dafür in der Regel nur die Quereinsteiger übrig bleiben. Mich würde von Ihnen interessieren, wie Ihrer Meinung nach die Arbeit an diesen problembelasteten Schulen für junge Lehrer attraktiver gestaltet werden kann.

Eine nächste Frage geht an Herrn Prof. Krüger. Sie hatten gegenüber der Presse erwähnt, dass Studenten aus dem Lehramtsmaster beklagen, dass Unterrichtsbesuche im Praxissemester teilweise ausfallen und es schwer sei, Betreuer für die Masterarbeiten zu finden. Insbesondere die Grundschuldidaktik sei betroffen. Meine Frage ist: Welche Probleme und Herausforderungen sehen Sie bei der Betreuung im Praxissemester, und wie könnte man Ihrer Meinung nach hier vielleicht Abhilfe schaffen?

Sie beklagen gegenüber der Presse, es würden oft qualifizierte Mentoren in den Schulen fehlen, seitdem der Senat nicht mehr deren fachdidaktische Fortbildung an den Unis finanziert. Hier ist meine Bitte an die Frau Senatorin, diesbezüglich einmal Stellung zu nehmen.

Die nächste Frage bezieht sich auf den Komplex Unterrichten im Studium. Es kommt zu Verzögerungen im Bachelorstudium, auch weil die Schulen so viele Studenten als Ersatzlehrer in die Klassen schicken. Hintergrund ist das bereits erwähnte Programm „Unterrichten statt Kellnern“ der Schulverwaltung. Meine Frage an Prof. Krüger ist: Wie bewerten Sie diesen Verzögerungseffekt, zumal man aus dem Bachelor heraus fast ohne Fachdidaktik unterrichtet? Gibt es da tatsächlich spürbare Lücken in den Seminargruppen? Verbunden damit ist die Frage an den Senat: Haben wir valide Zahlen, wie viele Studenten im Bachelor und im Master bereits unterrichten?

Die nächste Frage an Prof. Krüger: Sie haben erwähnt, Sie sehen Engpässe in den Mängelfächern wie Chemie und Physik, wo wegen fehlender Bewerbungen vorhandenen Studienplätze nicht komplett besetzt werden können. Inwiefern könnte man zum Beispiel über Stipendien mehr Studenten für diese Fächer gewinnen?

Die letzte Frage richtet sich auch an Sie. Sie sprachen gegenüber der Presse von – Zitat – : lauter kleinen Bruchstücken, die dazu führen, dass wir die Kapazitäten nicht so schnell hochfahren können. – Könnten Sie das vielleicht noch einmal präzisieren und erläutern? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Herr Krüger, bitte!

Louis Krüger (GRÜNE): Viele Fragen wurden schon gestellt. Ich fand es ganz spannend mit der Differenz zwischen 2 000 VZE und den 2 300 Personen, die dahinter stehen. Ich nehme an, dass Teilzeiten, Schwangerschaft, Elternzeit usw. mit abgebildet ist, wenn nicht, widersprechen Sie. Ist dort auch abgebildet, die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer an der Anzahl der Schülerinnen und Schüler prognostiziert wird, wir es aber nicht so haben, dass jede Klasse bis zum letzten Platz voll besetzt ist, weil Schülerinnen und Schüler die Schule wechseln. Das heißt, wir haben nicht immer die volle Besetzung. Dadurch kann es sein, dass wir mehr Klassen haben, mehr Lehrkräfte. Ist das auch berücksichtigt worden? Welche Rolle spielt das überhaupt?

Herr Rackles! Wie valide sind Prognosen? Können wir überhaupt Prognosen machen, die uns weiter bringen? Brauchen wir vielleicht eine Art Flexibilisierung? Ist das der Hintergrund, warum Sie gesagt haben, ungefähr 300 müssten wir grundsätzlich über den Quereinstieg machen? Wie verlässlich ist das eigentlich mit diesen Prognosen, und was können wir tun, um da voranzukommen?

An den Senat habe ich die Frage, ob ein entsprechender Staatsvertrag schon im Gespräch ist. Haben Sie mit den anderen Bundesländern schon darüber gesprochen, um eine einheitliche Steuerung Grundbedarfsprognose zu erstellen?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Krüger! – Zur Antwortrunde würde ich in rückwärtiger Reihenfolge beginnen und den Abschluss dem Senat überlassen. Deshalb würde ich gern Prof. Dr. Klemm bitten, zu seinen Fragen zu antworten.

Dr. Klaus Klemm (Deutsche UNESCO-Kommission) [zugeschaltet]: Es sind so viele Fragen, dass man eigentlich ein längeres Referat halten müsste. Bei der Frage der Bevölkerungsprognostik gehe ich davon aus, dass die Berliner Daten belastbar sind. Bei der Frage der Schülerzahlenprognostik habe ich schon darauf hingewiesen, dass die mir vorliegenden bekannten Daten nur bis 2030 gehen. Das halte ich für einen erheblichen Mangel. Wir haben eben wieder gehört: Sieben, acht Jahre braucht man vom Start im Erstsemester bis zum Abschluss. Das heißt, wenn wir nur bis 2030 belastbare Daten haben, haben wir gerade noch für den Jahrgang, der 2020 anfang zu studieren, belastbare Daten, nicht mehr. Das halte ich für ein großes Problem.

Der Mehrbedarf, den ich für die drei Maßnahmen – Ganztags, Inklusion und Schulen in besonderer Lage – bundesweit berechnet habe, lag bundesweit bei etwa 70 000, 80 000 zusätzlichen Personen. Es ist aber nicht zulässig, die einfach über die Bevölkerungsanteile auf Berlin runterzurechnen. Ich kann Ihnen da keine belastbaren Daten liefern, weil man dann gucken muss: Wie viel tut das Land Berlin bereits für Schulen in besonderer Lage? Was soll da noch hinzukommen? Wie viel ist jetzt im Ganztagsbereich, und wie viel soll dann noch hinzukommen? Da kann man die Bundesdaten nicht einfach herunterrechnen. Das müsste man für Berlin ge-

sondert tun. Ich empfehle aber dringend – es ist nicht meine Aufgabe, etwas zuzuweisen –, dass die Senatsverwaltung diese Aspekte in den Bedarfsberechnungen, meinerseits auch mit alternativen Ansätzen, mitberücksichtigt, denn sonst ist man wieder in der Situation, dass die Politik verspricht, was sie in ihren eigenen Bedarfsprognosen gar nicht umgesetzt, und das führt dazu, dass Politik von einem Teil der Bevölkerung nicht so furchtbar ernst genommen wird.

Dann zur Frage von Herrn Krüger nach dem Unterschied von Vollzeitäquivalenten und Personen. Die Vollzeiteinheiten sind für die Haushälter wichtig, damit sie wissen, wie viel Geld sie in den Haushalt einstellen müssen, um das entsprechende Personal zu finanzieren. Tatsächlich liegen aber aus sehr unterschiedlichen Gründen hinter den Vollzeiteinheiten immer deutlich höhere Personenzahlen. Der wesentliche Faktor ist die Existenz von Teilzeitmenschen, die nur mit 50 Prozent, 60 Prozent, 70 Prozent Lehrdeputat unterrichten. Dazu kommen viele einzelne kleinere Faktoren. Die Frage, ob die eine Klasse kleiner und die andere Klasse größer ist, spielt in diesen Unterschied nicht hinein.

Ich wollte noch zu der Frage des Staatsvertrages eine Bemerkung machen. Einerseits finde ich das wichtig und sinnvoll, aber andererseits, das ist vielleicht meinem Alter geschuldet, bin ich da wieder ein bisschen skeptisch. Wir haben vor ein paar Jahren in Stralsund eine Vereinbarung gehabt, dass die Länder sich wechselseitig keine Lehrer abwerben. Ich glaube, die Vereinbarung hat keiner eingehalten. Dazu kommt etwas: Vor vielen Jahren, ich weiß nicht mehr, wann es war, haben wir das Bundesbeamtenbesoldungsrahmengesetz geändert. Das heißt, die Lehrer im Gymnasium, die eingestellt werden, kriegen bundesweit A 13, aber A 13 ist in Bayern viel mehr als in Mecklenburg-Vorpommern. Durch die unterschiedlichen Gehälter, die hinter den gleichen Besoldungsstufen stehen, haben wir eine Konkurrenz, indem, wenn es schlimm kommt, die reichen Länder den ärmeren Ländern ihre Lehrer abkaufen und weglocken. Solange solche Praxen existieren, bin ich nicht so sehr optimistisch, dass ein Staatsvertrag zwischen den Ländern da etwas bewirken würde. – Ich bin nicht sicher, ob ich jetzt auf die Schnelle alle Fragen beantwortet habe. Ich belasse es dabei.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Prof. Dr. Klemm! – Prof. Dr. Krüger, bitte!

Dr. Dirk Krüger (MNU BB) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Fragen! – Zwei Fragen gingen in die Richtung der Praxiserfahrungen im Bachelor. Das inhaltliche Problem besteht darin, dass, wenn die Studierenden sehr früh im Bachelor an die Schulen gehen, sie im Grunde das fortsetzen, was sie an Schule bisher selbst erlebt haben, und sich das sogar festigt, wenn es nicht betreut und kommentiert wird. Ich warne davor, traditionelle Dinge einfach so fortzuführen. Mittlerweile sind wir in den Forschungen der Fachdidaktiken und Pädagogiken deutlich weiter, haben Ideen, wie sich Unterricht optimieren lässt, verbessern lässt. Ich glaube, dass bei den Studierenden, die vor allen Dingen – jetzt kommt dieser Punkt der Polyvalenz – in ihren ersten Semestern nur fachliche Ausbildung bekommen, von daher keine fachdidaktische Expertise entwickeln, der Unterricht eingeschränkt gut zu beurteilen ist. Es mag Autodidakten geben, die das von sich aus mitbringen, aber die Qualität halte ich nicht für gut. Wir haben ein Orientierungspraktikum im Bachelor, sodass Erfahrungen in der Praxis gesammelt werden können. Die sind aber betreut durch die Universitäten, durch die Dozierenden, und hier bekommt man sehr frühzeitig Hinweise darauf, an was man alles denken kann, wenn man in der Schule unterrichtet. Der Wechsel von der Schülerperspektive in die Lehrerinnen- und Lehrerperspektive ist ein großer Schritt, und der Perspektivwechsel muss begleitet werden.

„Unterrichten statt Kellnern“ war eine wunderbare Idee in der Pandemie, weil Kellnern gar nicht mehr ging, sodass man prinzipiell hier eine Geldquelle eröffnet hat, aber sie ist inhaltlich kaum zu stützen. Welche Zahlen das sind, kann ich Ihnen nicht sagen, aber ich habe wiederholt Hinweise bekommen, dass an Zeugniskonferenzen oder an Terminen in meinen Seminaren nicht teilgenommen werden konnte, weil in der Schule im Bachelor dringende Termine für die Studierenden waren.

Zur Polyvalenz, weil Herr Ziegler dazu keine Antwort gegeben hat, auch wenn es nicht an mich gerichtet war: Ich war an der Umstellung des Studiums in Bachelor und Master sehr intensiv beteiligt. Wir haben damals an den Fachdidaktiken geschlossen dafür gekämpft, diese Polyvalenz kleinzuhalten, weil der Wechsel zwischen diesen beiden Ausrichtungen, also ein Fach zu studieren und zum Beispiel ein Biologe oder eine Lehrerin oder ein Lehrer zu werden, gar nicht in den Zahlen stattfindet, dass es lohnt, diese Polyvalenz in der Weise offenzuhalten. Viel früher sind die Entscheidungen im Grunde mit dem Eintritt ins Studium getroffen, dass man Lehrkraft oder Fachpersonen irgendeiner Richtung werden möchte. Von daher könnte man darüber sehr intensiv nachdenken und das gegebenenfalls sogar wieder zurücksteuern.

Die Physik und Chemie, insbesondere die Physik bei uns, haben begleitende und einführende Veranstaltungen für die Physiklehramtsstudierenden eingerichtet, evaluiert und festgestellt, dass die Abbruchzahlen dadurch deutlich heruntergegangen sind. Bei uns heißen die Monostudierende, die eine Fachrichtung studieren. Diese Begleitung hat dort sehr geholfen. Das findet auch in Mathematik statt, um die Abbruchzahlen kleinzuhalten, aber das haben wir noch nicht in allen Fächern intensiviert. Was wir tun: Wir versuchen durch Schülerinnen- und Schülerlabore, durch Projekte wie „NATürlich“ und den Girls’ Day den Schülerinnen und Schülern die Attraktivität dieser Studienrichtungen transparent zu machen, aber wir haben es bisher tatsächlich nicht geschafft, die freien Stellen mit Lehramtskandidatinnen und -kandidaten zu besetzen.

Zu der Frage nach Bruchstücken: Diese ganze Summe von Betreuung im Praxissemester, Corona, niedrige Zahlen in der Bewerberlage machen es für Universitäten im Augenblick

schwierig, auf diese Zahlen zu kommen. Nun hoffen wir alle, dass Corona sich bald beruhigt, sich dieser Effekt kompensiert und die Studierenden, wie es Herr Ziegler schon angedeutet hat, wieder an die Uni kommen. Manche sind zu ihren Elternhäusern, haben Berlin verlassen. Eine kleine Nebenbemerkung, und dann bin ich durch: Wir haben eine Umfrage gemacht, weshalb die Studierenden eigentlich an die FU Berlin kommen. Der Hauptgrund ist die Stadt Berlin. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass wir nicht durch den Standort allein schon eine hohe Attraktivität haben, die es uns möglich machen muss, so viele Menschen hierher zu locken, dass wir auch entsprechende Ausbildungszahlen schaffen. Die Motivation der Universität und auch meiner Fachkollegen – diesen Eindruck auch nicht mitnehmen – ist da, Lehrämter nicht wie Personen zweiter Klasse zu behandeln, sondern sehr ernst zu nehmen und sich sehr viel Mühe zu machen, diese Kohorten fachlich gut auszubilden. Das wäre wieder ein Gegenpunkt gegen PH. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Kombination, die wir auch durch die DSE haben, wo Fach, Fachdidaktik und Erziehungswissenschaft zusammensitzen, debattieren, planen und sich gemeinsam Ideen des guten Studiums ausdenken, diese Expertisen am Ort zu haben, würden an einer PH verloren gehen. Da würde so jemand wie ich plötzlich das Fach auf einem Niveau lehren, wie er es selbst mal studiert hat. Dann haben wir genau denselben Effekt, den wir mit den Bachelorstudierenden jetzt in den Schulen haben. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Krüger! – Eine nahtlose Überleitung an Frau Regulin.

Martina Regulin (GEW-Berlin) [zugeschaltet]: Danke schön! – Warum wir davon ausgehen, dass die Zahlen für 2021 höher sind: Das ist einfach auf diesen grundsätzlichen Bedarfshintergrund, dass wir mehr Schülerinnen und Schüler haben, als das mal vorausgesetzt war, dass wir nach der Pandemie diese Schülerinnen und Schüler, die in der Kita verblieben sind, an die Schulen bekommen, dass wir eine Lücke haben, die wir immer noch sehen, die auch von den vorliegenden Einstellungskorridor weitergestellt wird, denn die Besetzung einer Stelle mit einem befristeten Menschen, ist keine volle Lehrkraft, und im Prinzip müsste man sie irgendwann mit einer vollen Lehrkraft ersetzen. Ich denke auch, dieser Annahme von diesen 859, was Sie gesagt haben, weiterzuschreiben, ist eine merkwürdige Art und Weise, denn eigentlich müsste es weniger werden, denn das sind Menschen, die entweder eine Möglichkeit haben müssen, in den Unis zu den Quereinstiegsleuten gehören, um einen Quereinstiegsmaster zu machen, um sich zu qualifizieren oder die irgendwelche Weiterbildungen brauchen, um an den Schulen richtig anzukommen, denn die haben vielleicht kein Fach, das einem Schulfach entspricht.

Herr Klemm hatte die Gehälter angesprochen. Auch die Gehälter sind für die Eingruppierung in den Ländern unterschiedlich. Auch die Stunden, die man unterrichten muss, sind unterschiedlich, und Berlin ist da Vorreiter in der Anzahl der Stunden, die man leisten muss. Insofern werden hier sehr gern alle möglichen Zusatzleistungen, wie die Brennpunktzulage usw., dazu genutzt, die Stunden zu reduzieren und damit aber gute pädagogische Arbeit zu leisten, damit man Elterngespräche führen kann, damit man noch betreuen kann, sich die Zeit nehmen kann, mit den Kindern nach der Stunde noch mal zu reden usw. Es ist nicht so, dass die Lehrkräfte alle nach Hause und ein bisschen mehr Freizeit haben wollen, sondern es geht darum, dass sie ihre gute pädagogische Arbeit leisten und dafür Stunden reduzieren möchten. Das spielt auch eine Rolle.

Zur Taskforce möchte ich sagen: Wenn Sie ein Gremium eingerichtet haben, finde ich es sehr gut und prima. Es wäre schön, wenn wir vielleicht auch mal kommen und dazu etwas sagen könnten, weil wir durch die Betreuung der Referendare und Quereinsteiger noch einen anderen Blick haben.

Die Menschen, die als Quereinsteigerin und -einsteiger an der Schule arbeiten, haben eine hohe Belastung, weil sie einerseits voll unterrichten, voll eingebunden sind, das sind vollständige Lehrkräfte, andererseits während des Berufes eine Weiterbildung machen lassen, und diese Anbindung der Weiterbildung des StEPS und den Universitäten nicht verzahnt ist. Das heißt nicht, dass die alle in die Universität müssen, aber es muss eine Verzahnung, ein Miteinander stattfinden. Das halten wir für die Qualität für sehr wichtig. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Frau Regulin! – Herr Rackles, bitte!

Mark Rackles (Forschungsgruppe der WZB-Präsidentin): Es waren vier Fragen. Vielen Dank! Ob die Verbeamtung wirkt, kann man wissenschaftlich nicht wirklich nachweisen. In Sachsen-Anhalt kann man empirisch beobachten, dass die Bleibequote seit der Verbeamtung erhöht ist, also es bleiben mehr sächsische Lehramtsabsolvierende in Sachsen, allerdings gehen immer noch welche. Was womit zusammenhängt – Man kann sagen, es hat einen Bleibeeffekt. Es wird wahrscheinlich in Berlin auch passieren, dass weniger Leute nach Brandenburg gehen. Das ist relativ klar. Lassen Sie das ein paar Hundert sein, aber im Kern: Solange wir nur 30 Prozent unseres Eigenbedarfs ausbilden, ist die Bleibequote bezogen auf diese 30 Prozent relativ trivial. Es ist zwar schön, wenn die dableiben, aber unser Problem sind die 70 Prozent, die wir nicht ausbilden, und darüber müssen wir reden. Man muss die Verbeamtung jetzt machen. Alle 16 Länder sollen verbeamten, aber das ändert nichts daran, dass hier bundesweit die Decke viel zu dünn ist, und wir erzeugen einen Wettbewerb auf Bundesebene in die Länder hinein, der durch Ausbildung gedeckt werden muss und nicht durch Konkurrenz, denn es wird nicht besser. Das ist anders als bei Wettbewerbsgetriebenen, wo der Preis steigen kann. Wir haben keine Preisbildung für Lehrkräfte, sondern wir haben einfach nur eine Mangelbildung durch Lehrkräftemangel, und die einzige Antwort darauf ist eine zusätzliche Ausbildung, und zwar in allen Ländern. Das muss durch einen entsprechenden Staatsvertrag dann eben im Rahmen abgesteckt werden.

Sie hatten nach dem StEPS und dem Q-Master gefragt. Ich bin Anhänger des StEPS. Wir haben es den Unis angeboten. Die Unis haben gesagt: Nein, wir können im Bereich Mathe und Sonderpädagogik, das war damals das Thema, keine Weiterbildung anbieten. Dann haben wir das als Verwaltung selbst gemacht, und jetzt kommen die Unis und stellen fest, sie würden auch gerne Weiterbildung machen. Das kann man machen, man muss es auch verzahnen. Ich finde, was im StEPS passiert, muss mit den Universitäten, was das Niveau betrifft, abgestimmt sein und natürlich auch von den Zielgruppen her, aber im Kern muss man sich ein flexibles Instrument erhalten, wo die Bildungsverwaltung in Abstimmung mit der Wissenschaftsverwaltung und Universitäten direkt reinsteuern kann. Das soll keine Konkurrenz sein, aber es ist das Instrument, mit dem ich in der unsicheren Prognostik – das ist das Letzte, worauf ich gleich komme – die Möglichkeit habe, kurzfristig zu reagieren. Wenn mein einziges Instrument ist, die Universitäten hochzuskalieren, dann muss ich acht Jahre warten. Das StEPS ist in der Lage, innerhalb von Jahresfrist Kurse anzubieten, und das sollte man nutzen, weil man dann nicht auf 30 Jahre hinweg teure Uni-Studierendenplätze finanzieren muss.

Die 2 000er Absolventenzahl ist meines Erachtens im Moment ausreichend, weil sie gar nicht erreicht wird. Sie können die auf 3 000 erhöhen, das ist völlig egal. Wir bilden im Moment 900 aus. Wenn wir in den nächsten fünf Jahren auf 2 000 kommen, ist das schon ein Riesenerfolg, und ich würde mir lieber angucken – – Ich glaube, realistischerweise, wenn man sich die Abgangsquoten anguckt und pädagogische Verbesserungen mal als Quoten bildet, dann sind Sie mit 2 000 VZE – ein Unterschied – als Ziel durchaus auf Dauer im grünen Bereich, und wenn Sie dann noch den Quereinstieg und das StEPS als Puffer haben, um Schwankungen auszugleichen, dann sind Sie vernünftig aufgestellt. Sie müssen aber innerhalb dieser 2 000er Zielzahl auf die Verteilung der Lehrämter achten. Ich sage es noch mal: Das berufliche Lehramt ist ein absolutes Desaster. Man hat überhaupt nichts davon, noch mal 500 mehr zu beschließen. Da muss etwas strukturell passieren. Kunst und Musik sind ein absolutes Desaster. Da können Sie noch so viel zusätzlich beschließen, da muss strukturell etwas passieren.

Bei der Grundschulpädagogik haben wir siebenmal mehr Bewerbungen, und wir sieben aus, und am Ende kommen viel zu wenig im System an, und draußen stehen Leute, die sich aus irgendeinem Grund für Grundschulpädagogik beworben haben, und wir haben keine Ahnung, warum, aber wir kriegen die nicht ins System. Das sind strukturelle Fragen, wo die Frage der Zahl der Absolventinnen und Absolventen – – Mit 2 000 Absolventenzahlen, und 2 400 sind es, glaube ich, bei den Vorbereitungsteams, haben wir als Verwaltung in Berlin, hat der Senat einen richtigen Korridor gestellt. Das kann man später gern noch erhöhen, aber innerhalb des Korridors den voll auszureizen, ist jetzt die Aufgabe für die nächsten fünf Jahre. Da sind jetzt ein paar Strukturvorschläge gemacht worden. Da kann man deutlich mehr rausholen.

Letzter Punkt: Die Validität der Prognosen ist nicht – – Man braucht Prognosen. Die sind immer schlecht. Das ist das Wesen von Prognosen. Das sind schlechte Zukunftsvorschauen, aber Sie brauchen die in der Politik. Deswegen muss man sie so gestalten, dass man – – Man muss sie kurzzyklisch anpassen. Früher haben wir die alle drei Jahre angepasst. Inzwischen machen wir das in Berlin jährlich. Das macht nicht jedes Land. Jedes Land müsste jetzt jährlich prognostizieren, und Sie müssen diese Prognosen so ausrichten, dass sie nach einheitlichen Kriterien in den 16 Ländern ausgerichtet werden, und dann müssen sie in der KMK validiert werden, und zwar nicht nebeneinandergelegt werden, sondern die müssen geprüft werden, ob die in sich konsistent sind und zueinanderpassen. Das passiert im Moment nicht. Der große Vorteil ist: Wenn Sie Abweichungen haben in einer kleinen Einheit – – Herr Gabbei in der Senatsverwaltung sprach immer von dem Gesetz der großen Zahl. Je größer die Zahl ist, die Sie betrachten, und auf Bundesebene geht es um etwa 1 Millionen Lehrkräfte, desto weniger schlimm ist die Abweichung. Wenn Sie mal plus 2 Prozent, minus 3 Prozent haben, ist das bezogen auf das Bundesgebiet überhaupt kein Problem, denn das verteilt sich über die Länder. Wenn Sie sich in Berlin um 5 Prozent nach oben oder unten vertun, haben Sie ein Riesenproblem. Deswegen ist es gerade interessant, Zielzahlen auf Bundesebene abzustimmen, damit die Fehlertoleranz durch die große Zahl ausgeglichen wird, und Sie können regional verteilen. Das ist ein bisschen Statistik, aber deswegen ist es eigentlich zwingend im Interesse der Länder, eine bundesweite Verständigung zu haben. Das heißt nicht, dass wir jetzt alles rechtlich regeln müssen, aber wir müssen einen Rahmen haben, in dem wir wissen: Was macht das Land a, und was macht das Land b? – Warum bildet Brandenburg erst jetzt Berufsschullehramt aus und hat jahrelang davon profitiert, dass Berlin ausgebildet hat? Schwach genug, aber, wie gesagt, da gehört eine Absprache dazu. Notfalls muss Brandenburg gar nicht selbst ausbilden, sondern wir können in Berlin die Kapazitäten ausbilden, die in Brandenburg

gebraucht werden. Das ist aber Zukunftsmusik, solange wir nur 40 Menschen in einem Bereich ausbilden, wo wir 200 brauchen. Die Validität der Prognosen ist ein Problem, aber da gibt es keine bessere. Das ist die beste Welt, die wir im Moment haben. Je höher wir sie prognostizieren auf der höheren Ebene, desto besser kann man mit Fehlertoleranzen umgehen, die notwendigerweise im System sind.

Wenn ich eines noch sagen darf: Im Protokoll sollten Sie deutlich unterstreichen, dass Prof. Krüger gesagt hat: Man kann die Polyvalenz zurücksteuern. – Das ist ganz wichtig. Mir wird immer wieder gesagt, die Universitäten könnten das nicht leisten. Ich finde es sehr sinnvoll, was er gesagt hat. Man muss es nicht tun, aber diese Debatte sollte man tatsächlich führen, und die Uni selbst hat gesagt, sie könnte sich das vorstellen. Da sollte man tatsächlich mal evaluieren.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Rackles! – Ich frage den Senat, Frau Naghipour! Wollen Sie noch etwas ergänzen?

Staatssekretärin Armaghan Naghipour (SenWGPG): Ich kann mal anfangen. Zum einen hatten wir die Frage nach der Steuerungsgruppe. Die gibt es schon seit Längerem, und da gibt es einen engen Austausch mit den Hochschulen, die auch in dieser Steuerungsgruppe sind. Es sind auch Vertretungen für Lehrkräfte, Geschäftsführungen und Leitungen der Schools of Education dabei.

Zum StEPS, zum Quereinstieg vielleicht noch ganz kurz: Da werden die Universitäten aktuell in die Überarbeitung Curricula einbezogen. Zur Berücksichtigung des Lehramts in der Lehrverpflichtungsverordnung, das kam eben auch noch mal auf – – Diese Flexibilisierung ist als Maßnahme des zweiten Sonderprogramms festgehalten, befindet sich in der Umsetzung. Im Zuge der kleinen Novellierung dieser LVVO sollen für die Besuche der ... [unverständlich] in einem Praktikum schon im Praxissemester Lehrdeputatsreduktionen bei Hochdeputatsstellen vorgenommen werden. Diesen Vorschlag, deswegen habe ich das jetzt so präzise formuliert, haben wir gerade in der Abstimmung mit der Finanzverwaltung. – Ich blicke zu Ihnen, Frau Brychcy.

An einigen Stellen wurde Lehrkräftebildung diskutiert, eine länderübergreifende Koordination gar per Staatsvertrag. Da wäre ich etwas zurückhaltend. Eine Koordination für kleinere Fächer, beispielsweise im beruflichen Lehramt, ist durchaus sinnvoll und wird weiterverfolgt, aber ansonsten ist schon, das haben wir jetzt an vielen Stellen mitgenommen, die landesinterne Planung aufgrund der vielen Parameter, die zu berücksichtigen sind, hochkomplex. Eine weitere umfassendere Koordination, gar in Richtung Staatsvertrag gehend, ist schon aufgrund der unterschiedlichen Schul- und Hochschulsysteme besonders herausfordernd. Auf KMK-Ebene wurde aber wohl auch im Jahr 2008 schon vereinbart, dass jedes Land mindestens zur eigenen Bedarfsdeckung Lehramtsstudierende bildet, und das setzt Berlin schon um. Weitere mögliche koordinierende Maßnahmen, das hatte Senatorin Busse am Anfang schon angeführt, werden im Rahmen der KMK kontinuierlich geprüft. – Vielleicht so weit erst mal. Ich habe sicherlich etwas vergessen, aber sonst auch gern bilateral. Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Frau Busse, bitte!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank! – Ich ergänze das mal. Herr Rackles hat eben viele wichtige Dinge gesagt. Alles, was wir jetzt tun, ist für die Zukunft, nicht nur für das Land Berlin, sondern eigentlich für ganz Deutschland. Ich habe schon viele Jahre beobachtet, dass Lehrerinnen und Lehrer fehlen, und die fehlen jetzt immer noch, aber dafür habe ich persönlich jetzt erst mal nicht die Verantwortung, möchte aber sagen, wenn wir jetzt einstellen: Die 2 000 ist eine Durchschnittszahl, aber wir wollen, ich finde das ganz wichtig, ehrlich sein. Wenn wir die genauen Zahlen haben, werden Sie es wissen, egal, wie traurig die sind. Wir können hier nicht zaubern. Es ist ein langer Weg, der zusammen mit den Universitäten vor uns liegt. Es kann nicht sein: Ich habe viele junge Leute kennengelernt, die so gerne Grundschullehramt studieren wollten und aufgrund des Numerus clausus, obwohl ich gesehen habe, dass es die richtigen Menschen am richtigen Ort wären, nicht studieren konnten, und die haben sich dann irgendwann umorientiert. Davon müssen wir wirklich weg, und dass auch die Hochschulen sehen: Auch eine Lehrerausbildung ist etwas, womit ich glänzen kann, nämlich für die Zukunft. – Klar, Drittmittel kriege ich dann nicht, aber ich kann dann wirklich glänzen und sagen: Ja, wir als FU, als Beispiel, haben soundsoviel Hundert hochqualifizierte junge Menschen ausgebildet.

Teilzeit: Es wird oft gesagt, die verdienen hier so viel Geld. Die müssen nicht voll arbeiten. Ich kann Ihnen sagen: Das ist marginal, die Kolleginnen und Kollegen, die das machen. Ansonsten haben alle Teilzeitanträge, die ich so bekommen habe, einen triftigen Grund. Zum Beispiel haben die älteren Kolleginnen und Kollegen pflegebedürftige Eltern und haben deswegen reduziert oder kleine Kinder, aber dieses: Ich habe so viel Geld, das war es –, das ist es nicht.

Zum Staatsvertrag: Das ist kein Ziel der ersten 100 Tage, aber verstehe das und nehme das mit. Nächste Woche bin ich bei der KMK. Ich denke, das ist ein wichtiger Gesprächspunkt und auch in Zukunft wichtig. – Jetzt würde ich gern noch ins Haus geben und Herrn Blume Frau Herpell bitten, noch differenzierter zu antworten. – Danke!

Christian Blume (SenBJF) [zugeschaltet]: Ich werde mal anfangen. Hier ist Christian Blume. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist nach dem Einstellungsbedarf gefragt worden, den wir im Sommer haben werden, und da gehen wir in der Tat von etwa 2 600 Vollzeiteinheiten aus, die wir insgesamt brauchen, von denen wir aber einen Teil schon jetzt im Februar an Bord bekommen haben. Die Zahl ist etwas erhöht, weil – das hat Frau Busse vorhin ausgeführt – wir hier noch einen Verlustvortrag von 613 haben, den wir mit der letzten Lehrkräftebedarfsfeststellung für die Berliner Schulen ermittelt haben.

Es ist gefragt worden, wie viel Laufbahnbewerberinnen und -bewerber wir an Bord nehmen. Da kann ich nur sagen: So viele wie möglich, so viele, wie wir bekommen können. Es gibt jetzt erste Signale von Schulleitungen – ich habe aufgefordert, proaktiv auf ehemalige Lehramtsanwärterinnen und -anwärter zuzugehen –, die sagen, dass ehemalige Referendarinnen und Referendare, die mittlerweile in Brandenburg oder Hamburg sind, des Reisens müde sind und nachfragen, ob sie zurückkehren können. Da werden wir vielleicht einen gewissen Effekt zum Sommer 2022 realisieren können. Hintergrund ist hier die Abschaffung der Drehtürverbeamtung. Frau Busse hat es vorhin ausgeführt. Das heißt, sie brauchen nicht mehr diese Fünf-Jahres-Frist abzuwarten, sondern können vorzeitig zurückkehren. Je länger, das war die Erfahrung, sie in Brandenburg waren, umso eher sind sie dortgeblieben. Die Frage, die sich hier nur stellt, ist, ob die anderen Bundesländer Freigaben für diese Lehrkräfte geben. Auf

Arbeitsebene gibt es Gerüchte, dass Brandenburg zum Sommer sehr restriktiv sein wird. Wir müssen gucken, ob die das so durchhalten.

Um so viele Laufbahnbewerberinnen und -bewerber an Bord zu bekommen, werden wir auch wieder Werbung schalten, da bin ich mir sicher. Wir werden den „Berlin-Tag“ als größte deutsche Bildungsmesse durchführen, das hat Frau Busse gesagt. Das ist unser Streben. Das Saldo, das noch übrig bleibt, müssen wir wieder mit Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern und auch Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern absichern.

Die befristet Beschäftigten waren ein Thema. Dazu haben sowohl Frau Regulin als auch Herr Rackles Richtiges gesagt. Es sind teilweise Bachelorabsolventen, Bachelor Biologie zum Beispiel, die dann an einer Grundschule, einer ISS oder einem Gymnasium Biologie unterrichten, die ihre Ausbildung an der Universität nicht fortgesetzt haben.

Herr Rackles hat zutreffend die Situation in den Fächern Kunst und Musik dargestellt. Mein Lieblingsbeispiel ist, das ist nicht selten, dass es zum Beispiel ausgebildete Kirchenmusiker sind, die dann an Grundschulen den Musikunterricht übernehmen, und die kriegen dann in der Regel nur einen Fristvertrag. Aufgrund ihrer Ausbildung kriegen wir sie nicht weiter ins System. Die Alternative für die Grundschulen wäre, wenn diese Menschen, die uns dankenswerter Weise zur Verfügung stehen, nicht da wären, dass der Musikunterricht dadurch ausfallen würde. Wir haben es mit einer steigenden Zahl von befristet Beschäftigten zu tun. Das sind Menschen, die nicht die klassische Ausbildung haben, aber die zu uns kommen wollen, häufig beruflich ihre zweite Chance sehen, die für uns arbeiten möchten, die nicht über die Ausbildung verfügen, die teilweise schulintern fortgebildet werden. Das ist für die Schulen eine große Herausforderung, aber die Alternative wäre, dann manchmal gar keine Person zu haben. – So weit vielleicht für den Moment.

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank, Herr Blume!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Herpell! Möchten Sie noch etwas ergänzen?

Anja Herpell (SenBJF) [zugeschaltet]: Ja, sehr gern! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will drei Punkte noch ergänzen, die noch nicht so vollständig besprochen worden sind. Da sind Fragen aufgetaucht, die ich kurz erläutern kann. Es trat die Frage auf, inwiefern Quereinsteigende im StEPS in Konkurrenz zu den Q-Masterstudierenden stehen. Das ist nur begrenzt der Fall. Sicherlich ist das eine ähnliche Gruppe, auf die wir uns da beziehen, aber an den Universitäten richten sich die Q-Masterstudiengänge an Bachelor- und an Masterabsolventinnen und -absolventen, die vier Semester nachstudieren und dann mit dem Master of Education abschließen können. Im StEPS sieht das anders aus. Da richten wir uns ausschließlich an Absolventinnen und Absolventen von Masterstudiengängen, die von der Grundqualifikation her schon deutlich höher einsteigen, was dann bedeutet, dass es meistens etwas ältere Personen sind, die wir qualifizieren werden. Der grundsätzliche Unterschied ist, dass die Ausbildung im StEPS deutlich länger dauert. Dadurch, dass es im StEPS ein berufsbegleitendes Studieren ist, also Nachstudieren ist, heißt das, dass die Menschen sich teilweise insgesamt bis zu vier Jahren qualifizieren müssen. Das ist dann auch schon sehr umfangreich. Vor allem aber ist der zentrale Unterschied, dass der Quereinstieg im StEPS berufsbegleitend stattfindet und den Menschen damit ein Einkommen sichert. Das ist in einem Vollzeitstudiengang wie bei den Q-Master-

studiengängen nicht möglich und nicht der Fall. Das sind die Unterschiede, die einem klar sein müssen.

Sie hatten darüber hinaus gefragt, warum Seiteneinsteigende nicht qualifiziert werden. Das ist so in der Form eigentlich nicht richtig. Wir qualifizieren alle Seiteneinsteigende, die das auch wollen, zumindest über Fortbildungen. Das heißt, inhaltlich, fachlich können sich alle Seiteneinsteigende über Fortbildungen qualifizieren. Das haben wir in den letzten Jahren geändert, das war früher nicht der Fall. Das ist eine Änderung, um dieser etwas größer gewordenen Gruppe entsprechen zu können und sie inhaltlich gut für den Unterricht aufzustellen. Das Problem liegt aber bei dieser Gruppe darin, dass die meisten von den Seiteneinsteigenden kein Unterrichtsfach studiert haben, sondern beispielsweise ein pädagogisches Fach mitbringen und ein Masterstudium, zum Beispiel im Bereich der Pädagogik, absolviert haben. Wenn wir sie komplett mindestens auf dem Niveau, wie es im StEPS stattfindet, nachstudieren ließen, würde das noch mal eine Verlängerung dieses Quereinstiegs bedeuten, dann würden die zusätzlich noch mindestens ein oder zwei Jahre länger studieren, und dann wären es Quereinsteigende, und dann wäre diese Ausbildung länger als ein grundständiges Lehramtsstudium. Das wäre absurd. Deshalb funktioniert das leider auf diese Art und Weise nicht. Wir sind da dran. Wir hätten gern noch Möglichkeiten, dass wir unter diesen Seiteneinsteigenden Gruppen identifizieren, ähnlich wie wir das damals bei den Willkommensklassenlehrkräften gemacht haben, Menschen die ähnlich gut vorqualifiziert sind, die z. B. schon in irgendeiner Form fachliche Inhalte mitbringen, die sie schon im Erststudium in einem relativ hohen Maß, aber nicht ausreichend studiert haben, dass wir diese Lücken über solche Nachqualifizierungen noch schließen können, bevor sie dann tatsächlich noch dazu das zweite und dritte Fach nachstudieren müssen. Wir hoffen, dass wir solche Gruppen noch identifizieren können. Das ist nicht so einfach, weil die Menschen, um die wir uns da bemühen, sehr heterogen sind.

Als letztes noch ein kurzer Hinweis auf die Fragestellung, das kam eben am Rande, warum wir die Universitäten nicht mehr damit unterstützen, das Fachdidaktikerinnen und -didaktiker abgeordnet werden. Die Lehrkräfte an den Unis arbeiten in Abordnungsverhältnissen. Sie kennen ja die Gemengelage, dass wir natürlich versuchen, die Lehrkräfte so gut es geht im Unterricht zu halten. Dort werden sie ganz dringend gebraucht. Wir hatten diesen Prozess schon sehr lange, nämlich zu den Zeiten, als Herr Rackles noch Staatssekretär war, eingeleitet und die Universitäten darauf hingewiesen, dass sie doch bitte versuchen sollten, diese Fachdidaktiken als echte Stellen auszuschreiben. Dann hätten wir diese Problemlage nicht mehr. Jetzt haben wir das Problem, dass wir Lehrkräfte schlecht aus dem Unterricht rausziehen und sie dann an die Universitäten abordnen, quasi ausleihen, können. Auch wenn wir dafür einen Geldausgleich bekämen, fehlt uns an der Stelle schlichtweg die Lehrkraft. Das andere wäre auch nur eine Hilfslösung, würde uns aber ein bisschen die Handlungsvollmacht entziehen. Wenn sich Menschen auf eine andere Stelle bewerben, können wir sie ja nicht festhalten, aber wir können natürlich versuchen, die Lehrkräfte so gut es geht umfangreich an den Schulen in unserem System zu halten. – Das waren meine Ergänzungen zu den noch am Rande aufgetauchten Fragen. Herzlichen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank, Frau Herpell! – Ich möchte mich bei den Anzuhörenden sehr herzlich bedanken, auch für das Verständnis bzw. die Herausforderung hinsichtlich Technik und Lüftungspausen! Ich würde dann TOP 2 a und 2 c vertagen bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. TOP 2 b wird hiermit abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0013](#)
Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die
Bereiche Bildung, Jugend und Familie
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) BildJugFam
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0042](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin BildJugFam
Drucksache 19/0142 GesPflegGleich
Achte Verordnung zur Änderung der Zweiten Schul-
Hygiene-Covid-19-Verordnung
– VO-Nr. 19/048 –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.